

BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEN PARTNERLÄNDERN

2007

Erstellt von:

Development Economics Advisory Service (DEAS)

November 2007

BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEN PARTNERLÄNDERN 2007

BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEN PARTNERLÄNDERN

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	1
TEIL I	
ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE UND STRUKTURELLE ENTWICKLUNG IN DEN PARTNERLÄNDERN	3
1 Einleitung	3
2 Die Weltwirtschaft im Überblick	3
3 Die FEMIP-Länder	6
4 Schwarzafrika	8
5 Karibik	10
6 Lateinamerika	11
7 Asien	13
TEIL II	
OPTIONEN FÜR DIE HILFE IN AFRIKA	17
1 Einführung	18
2 Afrika ist zurückgefallen	18
3 Geografie und Humangeografie	19
4 Zweifel an der Hilfe und Kritik an der Reformagenda	22
5 Neue politische Konzepte	24
6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	27

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der vom Beratungsdienst für Fragen der volkswirtschaftlichen Entwicklung (Development Economics Advisory Service – DEAS) der Bank 2007 erstellte jährliche Bericht über die Wirtschaftslage in den Partnerländern enthält eine Übersicht über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in den Partnerländern, die unter drei der EIB-Mandate außerhalb der EU fallen: die Mittelmeer-Partnerländer (MPL), Afrika, Karibik und Pazifischer Raum (AKP) plus Südafrika sowie Asien und Lateinamerika (ALA). Diese insgesamt 123 Länder vereinen etwa drei Viertel der Weltbevölkerung und rund 40% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts auf sich.

Der Bericht setzt sich aus zwei Teilen zusammen, wobei der erste Teil eine Übersicht über die globalen und regionalen Wirtschaftstrends des Jahres 2006 enthält. Angetrieben durch das kräftige Wachstum in den aufstrebenden und sich entwickelnden Volkswirtschaften erzielte die Weltwirtschaft ein Wachstum von rund 5,4%. Dies war eines der besten Ergebnisse der letzten 20 Jahre und das vierte Jahr in Folge, in dem das Wachstum über dem Trend lag. Eine weitere positive Entwicklung stellte das Wirtschaftswachstum in den Ländern Schwarzafrikas dar. Ausgelöst durch die kräftige Nachfrage nach Rohstoffen verzeichnete die Region ein Wachstum von 6%, woran deutlich wurde, dass die Wachstumsdynamik der letzten Jahre anhielt. Besonders positive Konjunkturdaten wiesen China und Indien auf. Das kraftvolle Exportwachstum Chinas trug zu einer weiteren Steigerung des Leistungsbilanzüberschusses und zur fortgesetzten Anhäufung von enormen Devisenreserven bei, die mittlerweile die Eine-Billion-Dollar-Marke überschritten haben. Ferner war das vergangene Jahr von einer ausgeprägten Volatilität der Ölpreise gekennzeichnet, die gegen Jahresmitte Inflationserwartungen und Turbulenzen auf den Finanzmärkten schürten. Allerdings ließ dieser Ölpreisdruck in der zweiten Jahreshälfte wieder nach, so dass die drohende Entgleisung des Wachstums von den Märkten abgewendet wurde. Anlass zur Sorge gab auch die Entwicklung auf den Immobilienmärkten, insbesondere aufgrund der steigenden Zahl von Schuldnerausfällen im US-Subprime-Hypothekensektor gegen Ende 2006. Dennoch sind die Aussichten für 2007 und 2008 weitgehend positiv, wenngleich gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Solidität des künftigen Wachstums in den Vereinigten Staaten, einer möglichen Überhitzung der Konjunktur in China und Indien und einer potenziellen Bedrohung der globalen finanziellen Stabilität bestehen, die von dem enorm hohen Maß an Liquidität ausgeht, das sich in den letzten Jahren infolge der überwiegend günstigen finanziellen Bedingungen angesammelt hat. Des Weiteren stellen die vom Nahen Osten ausgehenden geostrategischen Risiken und die Besorgnis über die terroristische Bedrohung weiterhin eine Belastung für die Stabilität der Weltwirtschaft dar.

In Teil II des Berichts werden verschiedene Möglichkeiten für die Unterstützung Afrikas erörtert. Die schwache Wirtschaftsleistung Schwarzafrikas in den 80er und 90er Jahren hat eine umfassende Diskussion über das Thema Hilfe und Reform ausgelöst. Die politische Reformagenda der großen Hilfsorganisationen wurde aufgrund ihres umfassenden Ansatzes als nicht fokussiert genug kritisiert, da man alle Wachstumshindernisse gleichzeitig angehen wolle und zwischen den einzelnen Ländern keinerlei Unterschied mache. Daraufhin werden gegenwärtig neue analytische Konzepte entwickelt, um die Reformen exakt auf den länderspezifischen Bedarf der Empfänger abstimmen und die jeweiligen Wachstumshindernisse gezielter in Angriff nehmen zu können. Ein Beispiel für dieses Konzept wäre eine Einteilung des afrikanischen Kontinents in drei Kategorien von Ländern: Binnenländer, rohstoffreiche Länder und ressourcenarme Küstenländer. Jede dieser Kategorien weist andere Wachstumshindernisse auf, die unterschiedliche Reformpolitiken und -strategien erfordern. So dürfte das Haupthindernis in Binnenländern in mangelnden Investitionsmöglichkeiten bestehen, was eine Schwerpunktsetzung auf die Bereitstellung von physischen Infrastrukturen und Humankapital rechtfertigt. In rohstoffreichen Ländern dagegen wird das Wachstum wahrscheinlich eher durch die Unzulänglichkeit der Institutionen gebremst, so dass sich als geeignete Strategie die Unterstützung des institutionellen Aufbaus anbietet, sofern die Empfängerländer hier ein starkes Eigenengagement erkennen lassen. In diesem Abschnitt werden diese verschiedenen Möglichkeiten eingehend untersucht. Außerdem werden einige Optionen erörtert, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch eher spekulativen Charakter haben, wie eine schrittweise Aufstockung der Hilfe in den Ländern, wo sie den größten Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten kann, und/oder Ausweitung des Präferenzzugangs afrikanischer Länder zu den OECD-Märkten, wodurch die Häufung von Agglomerationsvorteilen der asiatischen Länder wieder ausgeglichen werden könnte.

Der vorliegende Bericht wurde von einem Team von Volkswirten des Beratungsdienstes für Fragen der volkswirtschaftlichen Entwicklung (DEAS) bestehend aus Simona Bovha-Padilla, Pedro de Lima, Geoffrey Frewer und Sabina Progorolec unter der Leitung von Daniel Ottolenghi, Chefvolkswirt für Entwicklungsfragen, und Bernard Ziller, volkswirtschaftlicher Hauptberater, erstellt. Zuständig für das Datenbankmanagement war Bruno Marzin und für die redaktionelle Bearbeitung Sanja Steffgen. Der Bericht basiert auf den Zahlen und Informationen, die bis zum 31. Mai 2007 verfügbar waren.

TEIL I

ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE UND STRUKTURELLE ENTWICKLUNG IN DEN PARTNERLÄNDERN

1 Einleitung

In diesem Abschnitt geht es um die Betrachtung der aktuellen Trends in den Partnerländern vor dem Hintergrund der Entwicklung der Weltwirtschaft. Ferner sollen verschiedene Themen angesprochen werden, die ausschlaggebend für die Entwicklung der einzelnen Regionen waren – allen voran die Rohstoffpreise (Öl, aber auch andere Rohstoffe), und es sollen die kurz- bis mittelfristigen Wachstumsaussichten beleuchtet werden.

2 Die Weltwirtschaft im Überblick

Angetrieben vom kräftigen Wachstum in den aufstrebenden und den sich entwickelnden Volkswirtschaften verzeichnete die Weltwirtschaft 2006 ein Wachstum von rund 5,4%. Dies war eines der besten Ergebnisse der letzten 20 Jahre und das vierte Jahr in Folge, in dem das Wirtschaftswachstum über dem Trend lag. Spitzenreiter waren wiederum China und Indien mit einem Wachstum des BIP in der Größenordnung von jeweils 10% und einem gemeinsamen Anteil am weltweiten BIP-Wachstum von 14%, doch erzielten auch zahlreiche andere Partnerländer ähnlich beeindruckende Konjunkturdaten. Dies gilt ganz besonders für die Länder Schwarzafrikas, die ein Wachstum von 5,7% erreichten, woran deutlich wurde, dass die Wachstumsdynamik der letzten Jahre anhielt. Zwar gibt es in der Region weiterhin ein paar Problemgebiete, doch wurde dieses Wachstum insgesamt auf breiter Basis erzielt. Insgesamt hat die Region die weltweite Wirtschaftsleistung seit Beginn des Jahrzehnts kontinuierlich übertraffen, womit sich die schwachen Ergebnisse der 80er und 90er Jahre in einen erfreulich positiven Trend verwandelt haben (Abbildung 1).

Die wirtschaftliche Entwicklung war 2006 weitgehend von der Volatilität der Ölpreise gekennzeichnet. In der ersten Jahreshälfte zogen die Preise kräftig an und erreichten im August einen Höchststand. Zu diesem Zeitpunkt wurden Terminkontrakte teilweise zu Preisen von über 80 USD pro Barrel gehandelt (Abbildung 2). Dies schürte die Befürchtung, dass der Inflationsdruck eskalieren und – insbesondere in den hoch entwickelten Volkswirtschaften – geldpolitische Entscheidungen erschweren könnte. In der Euro-Zone sorgte die Belebung der Konjunktur – gestützt von der konjunkturellen Erholung in Deutschland hat sich das Wachstum mit 2,6% annähernd verdoppelt – dafür, dass geldpolitisch ein restriktiver Kurs gefahren werden musste. Die EZB erhöhte den Referenzzinssatz 2006 fünfmal um insgesamt 125 Basispunkte auf 3,5% zum Jahresende. In den Vereinigten Staaten verlor der seit 2002 zu verzeichnende wirtschaftliche Aufschwung immer mehr an Kraft, und die Bedingungen auf dem Immobilienmarkt verschlechterten sich drastisch, doch wurde das angekündigte Ende der restriktiven Geldpolitik durch die Ölpreisentwicklung in Frage gestellt. Auf der anderen Seite trat nach der Sommerpause eine spürbare Entspannung auf den Ölmärkten ein, die sich beruhigend auf die Inflationserwartungen auswirkte. Daher hat die US-Notenbank nach drei Zinserhöhungen von je 25 Basispunkten im ersten Halbjahr 2006 den Leitzins seither unverändert bei 5,25% gehalten. Dies schlug sich in Form einer Belebung der Verbraucherausgaben in der US-Wirtschaft nieder, die trotz rückläufiger Investitionstätigkeit im Immobiliensektor und in der Industrie 2006 um beachtliche 3,3% stiegen.

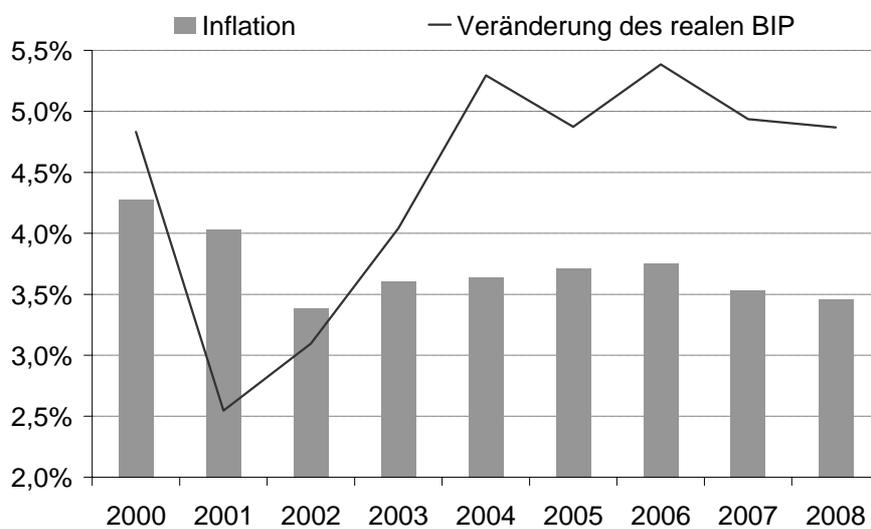
Da sich die Inflationserwartungen in den meisten hoch entwickelten Volkswirtschaften und in den wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften im vierten Quartal 2006 abschwächten, erholten sich die weltweiten Finanzmärkte rasch von dem um die Jahresmitte eingetretenen Volatilitätsschub. Insbesondere in den letzten Monaten haben die Aktienkurse an mehreren Börsen in entwickelten und aufstrebenden Volkswirtschaften Rekordhöhen erreicht. Der Grund dafür sind wirtschaftliche Eckdaten wie die Unternehmensgewinne sowie geldpolitische Rahmenbedingungen, die trotz der strafferen Geldpolitik noch relativ günstig waren. Marktindikatoren wie die langfristigen Zinsen in den wichtigsten Volkswirtschaften und die Spreads auf Anleihen der aufstrebenden Volkswirtschaften gegenüber US-Schatzanweisungen haben sich noch immer nicht von ihrem Rekordtief erholt. Folglich hat die Kreditvergabe weiter kräftig zugenommen, insbesondere in Indien, wo ein Anstieg von fast 30% zu verzeichnen war.

Die weltweite Konjunkturbelebung ging mit einer deutlichen Expansion des Welthandels und der globalen Ströme ausländischer Direktinvestitionen einher. Die weltweiten Warenexporte stiegen real um 15%, und der Anstieg des gewerblichen Dienstleistungsverkehrs wird ebenfalls auf 15% veranschlagt. Von diesen Exportzuwächsen profitierten vor allem die Rohstoffexporteure – allen voran die Erdöl exportierenden Länder. Im Ländervergleich dagegen erzielte China mit einem Anstieg der Warenexporte um rund 27% im Jahr 2006 die spektakulärsten Gewinne. Dies trug dazu bei, dass der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Exporten von Handelsgütern stieg und 2006 erstmals einen Rekordwert von 36% erreichte. Parallel zu dieser Zunahme der Handelsströme stiegen auch die Kapitalströme kräftig an. Schätzungen der UNCTAD zufolge wurde bei den ausländischen Direktinvestitionen 2006 mit 1,2 Bio USD der zweithöchste Wert aller Zeiten und gegenüber 2005 ein Zuwachs um 34% erreicht. Die höchsten Gewinne wurden in den

entwickelten Volkswirtschaften verzeichnet, wobei allein die US-Wirtschaft ausländische Direktinvestitionen im Betrag von 177,3 Mrd USD anlockte und damit wichtigster Empfänger dieser Kapitalströme war. Bei den Entwicklungsländern waren die – insbesondere afrikanischen – Öl produzierenden Länder bevorzugtes Ziel ausländischer Direktinvestitionen. Einkommensschwache Länder, die kaum über natürliche Ressourcen verfügen, liegen nach wie vor am unteren Ende der Skala der ausländischen Direktinvestitionen.

Die rasche Ausweitung des Welthandels hat jedoch nicht zu einer nennenswerten Verringerung der anhalten Leistungsbilanzungleichgewichte in der Welt geführt. Dies gilt besonders für China, das seinen Leistungsbilanzüberschuss 2006 auf 9,1% des BIP gegenüber 7,2% im Vorjahr weiter ausgebaut hat. Am anderen Ende des Spektrums ist das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten trotz des verlangsamten Wachstums der nordamerikanischen Wirtschaft nur geringfügig angestiegen und liegt nun bei 6,6% des BIP. Auf der anderen Seite hat der anhaltende Wertverlust des US-Dollars von real effektiv 4% – der zum Teil auf einen erwarteten Abbau des Zinsgefälles gegenüber der Euro-Zone zurückzuführen war – bisher eine reibungslose Korrektur der Leistungsbilanzsaldos ermöglicht. Der Euro verzeichnete 2006 einen Wertzuwachs von real effektiv 4%. Trotzdem wies die Euro-Zone – und ganz besonders Deutschland – hervorragende Exportergebnisse auf.

Abbildung 1: Die Weltwirtschaft



Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007

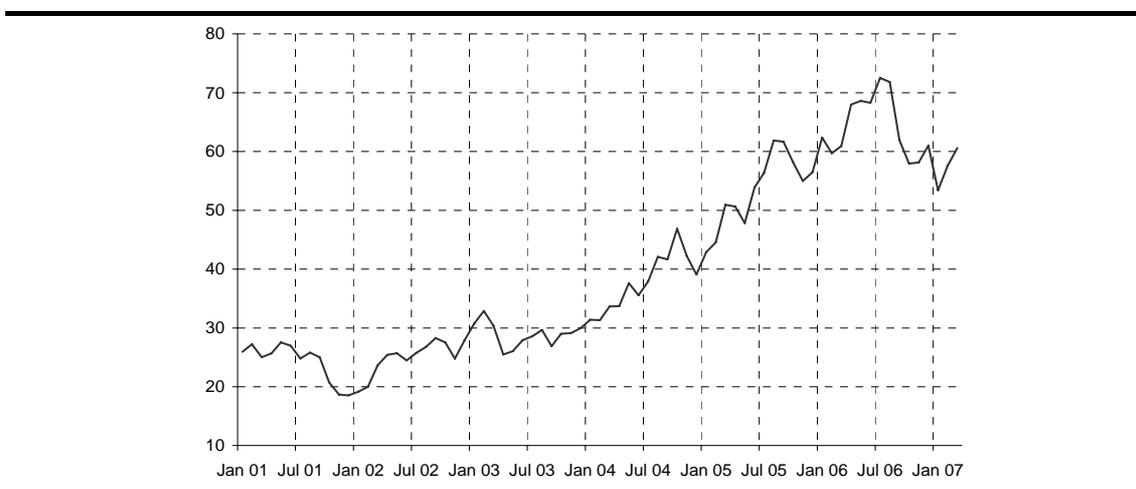
Ein besonders typisches Kennzeichen der aufstrebenden und sich entwickelnden Volkswirtschaften bestand in den letzten Jahren darin, dass die Zentralbanken enorme Devisenreserven angehäuft haben. Allein im Jahr 2006 sind die Reservebestände Schätzungen zufolge um über 700 Mrd USD gestiegen. 70% dieser Vermögenswerte lauten auf Dollar. Ganz im Zeichen der Rolle Chinas als „Fabrik der Welt“ und seiner Anziehungskraft für ausländisches Kapital haben die amtlichen chinesischen Währungsreserven 2006 die Eine-Billion-Dollar-Marke überschritten und sich damit in weniger als vier Jahren mehr als verdreifacht. Von den Medien weniger beachtet, aber nicht minder beeindruckend war die Aufstockung der Reserven in zahlreichen anderen Ländern, insbesondere in denjenigen, die von der Entwicklung der Rohstoffpreise profitiert haben und/oder deren Schuldensituation sich aufgrund von Schuldenerlassinitiativen verbessert hat. Auch in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara haben sich die Währungsreserven in den letzten vier Jahren auf geschätzte 47 Mrd USD mehr als verdoppelt, und die Reserven der Erdöl exportierenden Länder sind 2005 und 2006 um 42% bzw. 36% gestiegen und beliefen sich Ende 2006 auf 890 Mrd USD.

Hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Aussichten erwarten Fachleute überwiegend, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft in den Jahren 2007 und 2008 etwas abschwächt. Dabei liegt die Kernprognose – knapp unter 5% – jedoch deutlich über dem Durchschnittswert der letzten 25 Jahre von 3,6%. China und Indien dürften auch weiterhin die Hauptwachstumsmotoren der Weltwirtschaft bleiben, wenn auch mit einem etwas verhalteneren Tempo als in den letzten Jahren. Darin kommt zum Teil die Erwartung zum Ausdruck, dass beide Länder mit einem strafferen innenpolitischen Kurs auf die Überhitzung der Wirtschaft reagieren werden, und dass in den drei größten Wirtschaftsräumen der Welt mit einer Abschwächung der Nachfrage gerechnet werden muss. In den Vereinigten Staaten dürfte das Wirtschaftswachstum mindestens bis weit in das Jahr 2007 hinein hinter dem potenziellen Wachstum zurückbleiben, bis sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt normalisiert hat und in verschiedenen Wirtschaftssektoren – insbesondere in der

Automobilindustrie – Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgt sind. Ähnlich dürfte sich 2007 und 2008 in Einklang mit der anhaltend restriktiven Geldpolitik auch in der Euro-Zone das Wachstum abschwächen. Von den drei Wirtschaftsräumen kann nur die japanische Wirtschaft mit ähnlich hohen Wachstumsraten wie 2006 rechnen. Für die aufstrebenden Märkte und Entwicklungsländer (neben China und Indien) sind die Aussichten ebenfalls weitgehend positiv, wobei die Hauptwachstumsmotoren hier erneut die Rohstoffexporteure sein dürften, die von einer kräftigen Nachfrage und hohen relativen Preisen profitieren – eine Entwicklung, zu der die (asiatischen) aufstrebenden Märkte selbst in erheblichem Maße beitragen.

Angesichts der gegenwärtigen Konstellation von politischen und wirtschaftlichen Faktoren entsteht weithin der Eindruck, dass die mit diesen relativ günstigen wirtschaftlichen Aussichten verbundenen Risiken etwas stärker zur Negativseite hin tendieren. Die vom Nahen Osten ausgehenden geostrategischen Risiken und die Besorgnis über die terroristische Bedrohung belasten weiter die Stabilität der Weltwirtschaft. Dies könnte über die Ölpreise auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durchschlagen und den Inflationsdruck anheizen. Selbst ohne externe Schocks bleibt die Lage auf den Ölmärkten angespannt, da kaum freie Kapazitäten zur Verfügung stehen. Dennoch wird – wie sich an den Öl-Terminkontrakten ablesen lässt – offenbar kaum mehr damit gerechnet, dass der Preis für ein Barrel Rohöl schon in naher Zukunft die magische „Hundert-Dollar-Marke“ übersteigt.

Abbildung 2: Ölpreise *



* Durchschnittlicher Spot-Preis für Brent, Dubai und WTI Crude Blends in USD. Quelle: IWF

Aus wirtschaftlicher Sicht wird in Fachkreisen nicht ganz ausgeschlossen, dass die gegenwärtige Korrektur des US-Wohnungsmarktes deutlicher ausfallen könnte als zunächst angenommen. Dies entspräche einer Wiederholung der Ereignisse, die wir im früheren Verlauf des Jahres in anderen Marktsegmenten des Subprime-Hypothekensektors erlebt haben – d.h. eine deutliche Zunahme der notleidenden Kredite und der Schuldnerausfallquoten. Die Folgen dürfte die gesamte Wirtschaft zu spüren bekommen: Die Vereinigten Staaten würden in eine Rezession fallen, und weltweit würde eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums einsetzen – insbesondere in China und anderen asiatischen Volkswirtschaften, deren Exporte stark von der US-Nachfrage abhängen. Ein weiterer Risikofaktor, der ebenfalls eng mit der US-Wirtschaft zusammenhängt, ist das enorme Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten – oder die umfangreiche Anhäufung von Währungsreserven durch die wichtigsten Gläubiger als Spiegelbild dieses Defizits. Wie bereits erwähnt hat die fortwährende sanfte Abwertung des Dollars gemessen an seinem realen effektiven Wechselkurs dafür gesorgt, dass diese Ungleichgewichte reibungslos ausgeglichen werden konnten, vor allem durch die Steigerung nordamerikanischer Exporte. Doch fanden die meisten dieser Währungsanpassungen bisher gegenüber europäischen Währungen statt, während die Währungen einiger der Länder, die am meisten von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit profitiert haben – allen voran China und die Öl produzierenden Länder im Nahen Osten – gemessen am realen effektiven Wechselkurs selbst eine Abwertung erfahren haben – wodurch die Ungleichgewichte zum Dauerzustand zu werden drohen. Das US-Leistungsbilanzdefizit bleibt davon weitgehend unberührt. Wie der IWF in seinem jüngsten World Economic Outlook feststellt, hatten die Vereinigten Staaten bisher keine Schwierigkeiten, Kapitalströme für die Finanzierung ihres Defizits anzulocken. Allerdings gingen die Anleger dabei zunächst mehr und mehr von Kapitalbeteiligungen zu Schuldtiteln über – wodurch sich das wirtschaftliche Risiko verringerte –, während sich in letzter Zeit ein Trend abzeichnet, anstatt in US-Schatzanweisungen stärker in Unternehmensanleihen und andere Schuldtitel zu investieren – was das Risikoprofil wiederum erhöht.

Weitere Risikofaktoren gehen unmittelbar von den aufstrebenden Volkswirtschaften aus. Eine Überhitzung der chinesischen und indischen Wirtschaft liegt nach Ansicht vieler durchaus im Bereich des Möglichen: Erst vor kurzem erkannte eine der drei führenden Rating-Agenturen in der indischen Wirtschaft „die klassischen Anzeichen für eine überhitzte Konjunktur“. Anlass zur Sorge bereitet auch die rasche Expansion des privaten Kreditsektors in den größten lateinamerikanischen Ländern während der letzten Jahre. 2006 stieg die private Kreditaufnahme um 32% – Venezuela hielt mit 68% den absoluten Rekord –, wobei es sich überwiegend um Kredite an private Haushalte handelte. Doch obwohl die Wirtschaftsdaten auf eine stärkere Anfälligkeit dieser Länder hindeuten, hat es doch den Anschein, dass die Finanzsektoren der Region über ausreichende Spielräume verfügen, um möglicherweise bevorstehenden Korrekturen standhalten zu können.

Abschließend seien noch die Risiken erwähnt, die sich durch das große Ausmaß an Liquidität ergeben, das sich in den Finanzsektoren in aller Welt als Folge der seit 2001 praktizierten lockeren Geldpolitik angesammelt hat¹. Dieses Liquiditätsniveau hat zu einer weltweiten „Jagd nach Rendite“ und damit zu leistungsstarken Kapitalmärkten, niedrigen langfristigen Zinsen ohne Risiko und geringen Spreads (sowohl bei staatlichen Anleihen als auch bei Unternehmensobligationen) beigetragen. Doch wurden dadurch auch gewisse Spannungen auf den Kapitalmärkten ausgelöst. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür sind die bereits erwähnten Immobilienpreisblasen in mehreren Entwicklungsländern. Außerdem hat dieses Überangebot an Liquidität massive Zinsdifferenzgeschäfte (Carry Trade) – dabei handelt es sich um eine Anlagestrategie auf dem Devisenmarkt, wobei in einer Währung mit vergleichsweise niedrigen Zinsen wie dem Yen oder dem Schweizer Franken Fremdmittel aufgenommen und gleichzeitig in Währungen mit höheren Zinsen wie dem Australischen oder dem Neuseeländischen Dollar wieder angelegt wird – sowie verstärkte fremdfinanzierte Unternehmenskäufe (Leverage Buyout) ausgelöst – wobei Hedge-Fonds Darlehen für Kapitalbeteiligungen verwenden. Zwar bietet die beachtliche Expansion derivativer Finanzinstrumente in den letzten zwanzig Jahren ein gewisses Maß an Sicherheit, dass es für einen erheblichen Teil dieser Kapitalströme zumindest einen gewissen Schutz gibt, doch leistet allein schon der Umfang dieser Transaktionen Marktstörungen Vorschub, sollte die Liquidität auf einen plötzlichen Stimmungsumschwung der Anleger hin rasch austrocknen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass die globalen wirtschaftlichen Eckdaten recht robust erscheinen, so dass die in letzter Zeit an den Tag gelegte Vitalität der Finanzmärkte möglicherweise gerechtfertigt ist.

3 Die FEMIP-Länder

Nach mehreren Jahren extrem hohen Wachstums, das im Wesentlichen auf die ungewöhnlich starke Nachfrageentwicklung auf den internationalen Ölmärkten zurückzuführen war, hat die Region nun robuste Aussichten für ihre wirtschaftliche Entwicklung aufzuweisen. Die Region verzeichnete 2005 und 2006 ein Wachstum von durchschnittlich 5%, und 2007 werden voraussichtlich 4,8% erreicht (Tabelle 1). Die Öl exportierenden Länder werden weiterhin von Rekordpreisen profitieren, doch werden hohe Einnahmen aus dem Ölgeschäft die Regierungen auch künftig in Versuchung bringen, mehr Geld für öffentliche Ausgaben und Investitionen aufzuwenden. Die private Investitionstätigkeit im Nicht-Öl-Sektor wird ebenfalls anziehen, da der Geschäftsbankensektor nach Anlagemöglichkeiten für seine steigende Liquidität aus dem Ölgeschäft sucht.

Die aus dem Ölgeschäft resultierende Liquiditätssteigerung in den vergangenen zwei Jahren hat den zunehmenden Preisdruck in der gesamten Region noch weiter geschürt, wenngleich die Verbraucherpreissteigerungen 2006 – außer in Syrien – im einstelligen Bereich blieben. Höhere Staatsausgaben regten den privaten Verbrauch an und stärkten die Inlandsnachfrage. Die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro und dem Yen trug ebenfalls zu einem gewissen Inflationsdruck bei, insbesondere in den Ländern, deren Währungen an den Dollar gekoppelt sind. 2007 dürfte dieser Druck durch einen voraussichtlichen Preisrückgang im Nichtrohstoffbereich teilweise abgefangen werden. Auf der anderen Seite werden umfangreiche Ölsubventionen – auch in den nicht Öl exportierenden Ländern – zur Eindämmung dieses Inflationsdrucks beitragen. Daher dürfte die Inflationsrate in der Region 2007 wie bereits 2006 im 6%-Bereich verharren.

Die Mittelmeer-Partnerländer (MPL) und insbesondere die Öl exportierenden Länder haben eine gute Leistungsbilanzposition vorzuweisen. Allerdings wird sich der anhaltende kräftige Anstieg der Warenimporte (bei steigenden öffentlichen Ausgaben und privatem Verbrauch) 2007 negativ in der Leistungsbilanz bemerkbar machen. Die Aussichten für die rohstoffarmen Länder der Region sind weniger robust, liegen aber dennoch abgesehen von einigen Besorgnis erregenden Ausnahmen wie Jordanien und Libanon im komfortablen Bereich.

¹ Ein einfacher Indikator dafür ist die Tatsache, dass die Geldmenge (im engeren Sinne – M1) das nominale BIP in den Vereinigten Staaten, der Euro-Zone und Japan um 17,6, 32,0 bzw. 42,6% übersteigt.

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren für die FEMIP-Länder

	Veränderung des realen BIP (%)				Inflation (%)				Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)				Saldo des Staatshaushalts (% des BIP)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Maghreb^a	5,1	4,1	4,4	4,4	2,9	1,5	3,0	4,1	7,1	11,9	14,4	8,6	1,8	4,7	5,8	3,8
Maschrik^b und Türkei	7,6	6,4	5,4	5,1	7,8	7,8	8,4	8,6	-3,4	-4,7	-6,1	-5,7	-6,5	-4,8	-3,8	-5,1

^a Algerien, Marokko, Tunesien

^b Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien

Quelle: IWF

Die Staatshaushalte befanden sich in der gesamten Region weiterhin in einem vertretbaren Zustand, besonders in den Öl exportierenden Ländern. Die Staatseinnahmen, die 2006 eine noch nie dagewesene Rekordhöhe erreichten, dürften 2007 nur marginal zurückgehen, da nicht mit einem Sinken der Ölpreise zu rechnen ist. Trotz der erwarteten Erhöhung der Ausgaben werden die Staatshaushalte der Öl produzierenden Länder der Region nicht nennenswert unter Druck geraten. In den nicht Öl exportierenden Volkswirtschaften dagegen wird die Haushaltslage – unter anderem aufgrund der anhaltend hohen laufenden Ausgaben – eine größere Herausforderung darstellen.

Ein kritischer Punkt im wirtschaftlichen Übergangsprozess der Mittelmeer-Partnerländer ist die Schaffung eines wettbewerbsfähigen, unternehmerfreundlichen Umfelds ohne übermäßige Regulierung. 2006 wurden in mehreren Ländern der Region in diesem Bereich weitere Fortschritte erzielt. Die größten Erfolge bei der Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen erzielte Marokko: Hier wurden die Kosten für Unternehmensgründungen, die Einhaltung der Steuervorschriften und bei Eigentumsübertragungen gesenkt, die Steuerbelastung verringert, der Zugang zu Krediten erleichtert und die Kosten für Exporte und Importe gesenkt. Auf diese Weise konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden – ein dringliches Anliegen in der gesamten Region. Ägypten setzte seine Reformanstrengungen – wenn auch mit gedrosselem Tempo – fort. Die wichtigsten Reformen betrafen Verbesserungen für Unternehmensgründer und in der Steuerverwaltung. Mit Ausnahme Libanons und des Gazastreifens/Westjordanlands haben alle Mittelmeer-Partnerländer 2006 zumindest eine Reform durchgeführt. Doch gab es neben Marokko auch andere reformfreudige Länder in der Region. So genehmigte Israel den Betrieb eines privaten Kreditauskunftsbüros, das mittlerweile zu den 10 weltweit führenden Instituten für den Austausch von Kreditinformationen zählt und den Zugang zu Krediten erleichtert. Algerien wies seine Banken und Finanzinstitutionen an, das öffentliche Kreditregister über Zahlungsausfälle bei Krediten und Darlehen zu unterrichten, so dass zunehmend Informationen über potenzielle Darlehensnehmer zur Verfügung stehen. Syrien hat seine Handelsverwaltung modernisiert und die Kosten für die Eintragung eines neu gegründeten Unternehmens um 40% gesenkt. Tunesien hat den Anlegerschutz verbessert, indem es die Offenlegung der Geschäftsbücher gegenüber den Aktionären verlangt, den Rechnungsprüfern mehr Verantwortung übertragen und die Vergabe von betrieblichen Darlehen an Betriebszugehörige verboten hat.

Trotz aller Fortschritte, die die Mittelmeer-Partnerländer in diesem Bereich erzielt haben, stehen einer Geschäftstätigkeit in der Region noch immer große Hindernisse im Weg, vor allem hohe Lizenzanforderungen und ineffiziente Gerichte. Daher wird der Aufbau eines produktiven, wettbewerbsfähigen Privatsektors, der als Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen wirken kann, maßgeblich davon abhängen, ob den Mittelmeer-Partnerländern eine weitere Verbesserung der Regulierungsstrategien und -praktiken für das Unternehmensumfeld gelingt.

Die längerfristigen Wachstumsaussichten für die Region hängen von der Durchführung breit angelegter Strukturreformen ab. Fortschritte wurden in letzter Zeit vor allem in der Handelspolitik erzielt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Abschluss einer Vielzahl von bilateralen und regionalen Handelsabkommen. Seit 2000 haben die Mittelmeer-Partnerländer beachtliche Fortschritte beim Abbau von Handelshemmnissen erzielt. So haben alle diese Länder ihre Zölle gesenkt und im Rahmen der Assoziierungsabkommen die nichttarifären Handelsbeschränkungen gegenüber der Europäischen Union als ihrem wichtigsten Handelspartner abgebaut. Mit der Türkei wurden im Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen offiziell aufgenommen. Weitere bilaterale und regionale Abkommen – wie die Freihandelsabkommen Jordaniens und Marokkos mit den Vereinigten Staaten oder das Abkommen von Agadir zwischen Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien – haben ebenfalls zur Liberalisierung des Handels in der Mittelmeerregion beigetragen. Auf kurze und mittlere Sicht dürften diese Vereinbarungen jedoch nur begrenzte Auswirkungen auf die bestehenden Handelskanäle haben. Obwohl die Region in den letzten fünf Jahren große Fortschritte bei der Zollreform erzielt hat, ist die Liberalisierung des Handels bislang alles andere als vollkommen. Die

Länder dieser Region weisen nach wie vor weltweit die stärksten Handelsbeschränkungen auf und rangieren hinsichtlich der Öffnung des Handelssystems im weltweiten Vergleich mit einem Perzentilwert von 45 lediglich vor Schwarzafrika und Südasien.

Obwohl die FEMIP-Länder in letzter Zeit eine recht positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung aufweisen, ist die Region auch weiterhin mit großen Herausforderungen wie hoher Arbeitslosigkeit und geringer Produktivität konfrontiert. Im Hinblick auf die Bewältigung des Beschäftigungsproblems bedarf es weitreichender Strukturreformen, einer Verbesserung des Investitionsklimas und einer besseren Integration in den Welthandel. In der Praxis konnten die Länder, die ihre Märkte offener und investitionsfreundlicher gestaltet und gleichzeitig Beschränkungen gelockert haben, die die Kosten für die Unternehmen in die Höhe getrieben hatten, die inländische Investitionstätigkeit anregen und ausländische Direktinvestitionen in großem Umfang anlocken und gleichzeitig ihre Integration in größere Wirtschaftsräume fördern. Zur Verbesserung des Investitionsklimas bemühen sich die Regierungen der Mittelmeer-Partnerländer um eine Stärkung der Kapazitäten ihrer Länder zur Konzipierung, Durchführung und Überwachung von investitionspolitischen Reformen und zur Verbesserung der regierungsinternen politischen Koordinierung und Zusammenarbeit.

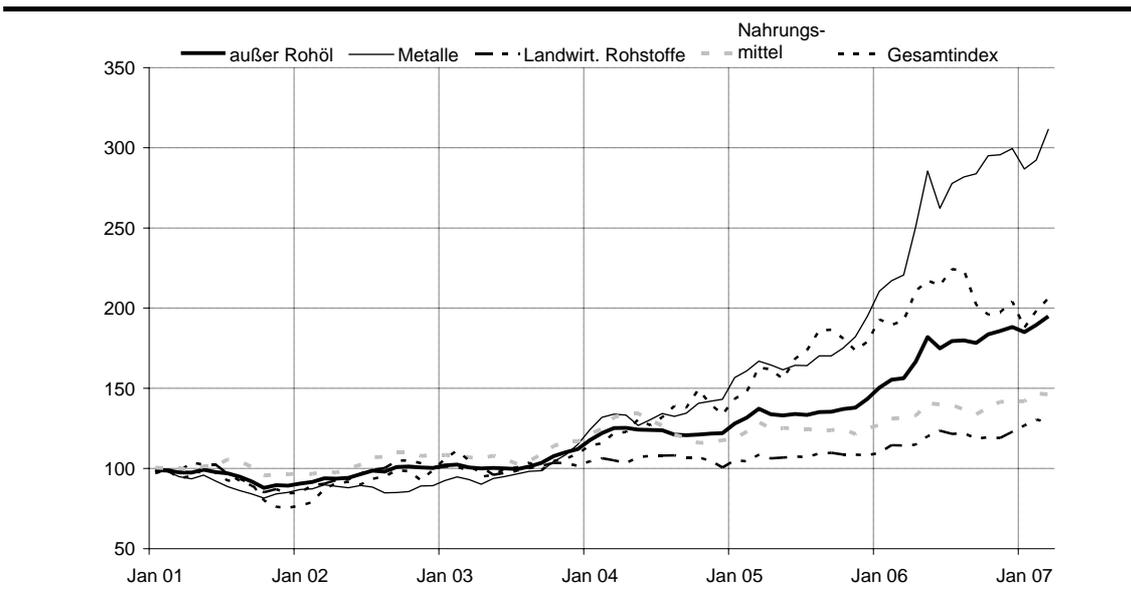
4 Schwarzafrika

Die Wirtschaftsnachrichten aus dem schwarzafrikanischen Subkontinent waren 2006 weitgehend positiv. Zwar lag das Wirtschaftswachstum mit 5,7% nur knapp über dem Durchschnitt der Weltwirtschaft – und war bei weitem nicht so spektakulär wie das Tempo in anderen Entwicklungsländern –, aber dieses Ergebnis deutet doch darauf hin, dass der positive Trend der letzten Jahre weiter anhält. Die letzten drei Jahre waren die einzigen seit 1980, in denen ein Anstieg des Prokopfeinkommens von über 3% erreicht wurde. Besonders ausgeprägt war dieser Anstieg in den Öl produzierenden Ländern – allen voran Angola, wo 2006 mit 15,3% die höchste Zuwachsrate aller Partnerländer erzielt wurde. Aber auch die nicht Öl produzierenden Länder konnten aufgrund der Preisentwicklungen bei anderen Rohstoffen, eines deutlichen Abbaus ihrer Auslandsverschuldung und der aus dem schwachen Dollar erwachsenden Vorteile gute Ergebnisse vorweisen. Die Inflation ist zwar gemessen an anderen Regionen immer noch hoch, scheint sich jedoch leicht abzuschwächen (Tabelle 2).

Vor dem Hintergrund des nachhaltigen Wachstums der Weltwirtschaft wirkte sich der generelle Preisauftrieb bei Öl und anderen Rohstoffen positiv auf die Volkswirtschaften der rohstoffreichen Länder Schwarzafrikas aus, insbesondere in Form einer Verbesserung ihrer Terms of Trade. Auf der anderen Seite sind die hervorragenden Gesamtergebnisse der Ölexporture im Wesentlichen Angola und Nigeria, den größten Volkswirtschaften dieser Ländergruppe, zuzuschreiben. Mit Ausnahme von Kamerun verzeichneten alle anderen Ölländer – Tschad, Republik Kongo, Côte d'Ivoire, Äquatorialguinea und Gabun – 2006 ein rückläufiges Prokopfeinkommen. Zum Teil ist dies auf die Kapazitätsengpässe zurückzuführen, die in der Ölförderung der meisten dieser Länder auftraten. Im Tschad und in Côte d'Ivoire hängt die schwache Wirtschaftsleistung auch eng mit den politischen Unruhen zusammen. All diese Faktoren haben mit dazu beigetragen, dass das Wachstum des BIP in all diesen Öl exportierenden Ländern – mit Ausnahme von Kamerun – 2006 hinter dem Wert von 2005 zurückblieb. Diese Entwicklung hat allerdings den Investitionsschub der letzten Jahre verstärkt, der sich weitgehend über alle Länder der Region erstreckte und sich schließlich als einer der Wachstumsmotoren des Jahres 2006 erwies. Viele gehen davon aus, dass diese Investitionswelle zu Produktivitätssteigerungen und mittelfristig auch zu einem höheren Wachstum des BIP führen wird.

In allen Öl exportierenden Ländern hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage spürbar verbessert. Die Inflation blieb weitgehend unter Kontrolle, und selbst die Preissteigerungsrate von 13,3% in Angola muss vor dem Hintergrund des zügigen Inflationsabbaus gesehen werden, den das Land seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2002 vorantreibt. Außerdem sind die inländischen Ersparnisse trotz höherer staatlicher Ausgaben aus den Öleinnahmen kräftig gestiegen, und die Öl exportierenden Länder weisen gegenwärtig eine Sparquote von rund 40% des BIP auf. Parallel dazu sind auch die Devisenreserven stetig gestiegen und reichten 2006 für die Deckung der Importe für 7,6 Monate.

Abbildung 3: Rohstoffpreisindizes außer Rohöl



Quelle: IWF

Bei den Netto-Ölimporteurs profitierte die Wirtschaftsleistung vom kräftigen globalen Wirtschaftswachstum, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2006, als sich die Ausgaben für die Ölimporte entsprechend dem Rückgang der Ölpreise verringerten. Das Wirtschaftswachstum lag nur marginal hinter dem Ergebnis der Öl exportierenden Länder zurück. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Äthiopien – wo die Erfolge vor allem durch hohe Kaffeepreise und ein kräftiges Wachstum der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Expansion der Industrie und des Dienstleistungssektors im Rahmen des gegenwärtigen politischen Reformprozesses bedingt waren – und Malawi, das im August den „Completion Point“ im Rahmen der HIPC-Initiative erreicht hat und darüber hinaus einen Schuldenerlass im Rahmen der Multilateralen Schuldenerlass-Initiative (Multilateral Debt Reduction Initiative – MDRI) erhielt. Die kräftige Nachfrage nach verschiedenen Rohstoffen (außer Rohöl) – insbesondere nach mineralischen Rohstoffen – führte zu anziehenden Weltmarktpreisen (Abbildung 3) und sorgte in Ländern wie Mosambik, Namibia, Südafrika und Sambia für eine konjunkturelle Belebung. Bei den Exporteuren landwirtschaftlicher Erzeugnisse bot die starke Nachfrage – und generell gute Ernten – einen Ausgleich für weitgehend stagnierende oder gar fallende Preise.

Die Leistungsbilanzen und Staatshaushalte waren in der gesamten Region in recht guter Verfassung (Tabelle 2). Auch hier ist dies im Wesentlichen dem Handel mit Öl und anderen Rohstoffen zuzuschreiben. Allerdings haben die meisten Länder in den letzten Jahren ein sehr umsichtiges Verhalten in Bezug auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an den Tag gelegt, teilweise auch zur Erfüllung der Anforderungen der HIPC-Initiative. Generell wurde mit der HIPC- und der MDRI-Initiative ein wesentlicher Beitrag zum Abbau des Schuldenüberhangs in der Region und damit zu besseren finanziellen Voraussetzungen geleistet. Dies äußert sich nun in Form einer schrittweisen Aufwertung der Länderratings mit der erfreulichen Begleiterscheinung, dass die Anleger die Region als weniger risikoreich empfinden. Demzufolge hat der Zustrom ausländischer Investitionen in der Region rasch zugenommen.

Wie im zweiten Teil dieses Jahresberichts noch näher untersucht wird, hat in den letzten Jahren Asien – insbesondere China – als strategischer Partner der Region immer mehr an Bedeutung gewonnen. Symptomatisch für diese Entwicklung sind die derzeitigen Handelsbeziehungen Chinas mit Schwarzafrika. 2005 flossen Exporte im Wert von 19 Mrd USD aus Schwarzafrika nach China, während die Region Waren im Betrag von 13 Mrd USD aus China importierte – IWF (2007). Zwar sind diese Zahlen vergleichsweise gering – auf China entfielen lediglich 12,8% der Exporte der Region – und die Europäische Union und die Vereinigten Staaten behaupten ihre Position als wichtigste Handelspartner Schwarzafrikas, doch verdeutlichen sie andererseits eine rasante Steigerung, die von einem Stand von nahezu Null vor weniger als 20 Jahren ausging. In der Zeit von 2000 bis 2005 verzeichneten die Exporte der Länder Schwarzafrikas nach China einen jährlichen Zuwachs von 30%. Heute positioniert sich China als wichtiger Abnehmer von Öl und Rohstoffen aus den Ländern südlich der Sahara, auf die 16,3% bzw. 25,5% der Gesamtausfuhren der Region in diesen beiden Kategorien entfallen.

Tabelle 2: Makroökonomische Indikatoren für die AKP-Länder

	Veränderung des realen BIP (%)				Inflation (%)				Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)				Saldo des Staatshaushalts (% des BIP)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Schwarzafrikaⁱ	5,8	6,4	6,0	8,0	6,7	8,4	7,0	6,8	-2,0	-1,0	-1,2	-2,1	0,0	1,8	4,3	0,6
Afrikanische Ölförderländer^a	7,1	8,3	7,2	12,5	13,1	13,3	7,9	7,4	1,0	4,7	6,0	3,5	3,8	6,5	8,7	2,5
Ostafrika^b	6,4	7,6	8,9	8,3	8,3	8,0	9,4	8,5	-3,8	-6,5	-9,6	-8,8	-0,9	-2,5	-3,8	-4,1
Zentralafrika^c	9,6	4,8	3,2	4,4	1,5	5,8	6,2	5,3	-3,5	-0,1	2,3	0,0	1,4	6,3	15,2	5,8
Westafrika^d	4,8	6,1	4,9	6,7	10,1	14,0	7,2	7,0	0,7	2,8	5,3	3,8	3,0	4,6	7,4	2,0
Südliches Afrika^e	5,4	6,6	6,4	9,3	5,6	6,2	6,4	6,4	-2,6	-1,7	-3,0	-3,7	-1,4	0,6	2,9	0,4

^a Angola, Kamerun, Tschad, Republik Kongo, Côte d'Ivoire, Äquatorialguinea, Gabun, Mauretanien, Nigeria, Sudan.

^b Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Sudan, Tansania, Uganda

^c Burundi, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun, Ruanda, São Tomé und Príncipe.

^d Benin, Burkina Faso, Kapverde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo.

^e Angola, Botswana, Komoren, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Seschellen, Namibia, Südafrika, Swasiland, Sambia.

ⁱ = b + c + d + e

Quelle: IWF

Zwar ist die Region in den letzten Jahren zu einem positiven Wirtschaftswachstum zurückgekehrt, doch sind die bisherigen Fortschritte nur von begrenztem Ausmaß, und Schwarzafrika steht noch immer vor enormen Herausforderungen. Die Armut ist nach wie vor weit verbreitet, und die meisten Länder sind von der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele noch weit entfernt. Zwar hat es den Anschein, dass die Zahl der offenen militärischen Konflikte abnimmt und die politische Lage sich stabilisiert, doch belegt die Region bei Indikatoren wie dem vom Washingtoner Fund for Peace veröffentlichten „Failed States Index“ (Index der gescheiterten Staaten) noch immer die meisten der oberen Plätze: Unter den ersten zehn Ländern in diesem Index befinden sich sechs Staaten in Schwarzafrika (Sudan, Demokratische Republik Kongo, Côte d'Ivoire, Simbabwe, Tschad und Somalia in abnehmender Reihenfolge der inneren gewaltsamen Konflikte). Außerdem sind, wie aus den Weltbank-Indikatoren für Regierungsführung hervorgeht, selbst einige der stabileren Länder mit gravierenden institutionellen Herausforderungen und Governance-Problemen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Reformen zur Beseitigung wirtschaftlicher und sozialer Engpässe eher provisorischen Charakter haben, was wiederum ein schwieriges Investitionsklima zur Folge hat. Eine vielzitierte Möglichkeit zur Bewertung des vorherrschenden unternehmerischen Umfelds sind die von der Weltbank unter dem Stichwort „Doing Business“ zusammengestellten Indikatoren. Die überwiegende Mehrheit der Länder Schwarzafrikas rangiert am unteren Ende der 175 erfassten Volkswirtschaften, und 9 der 10 ungünstigsten geschäftlichen Rahmenbedingungen sind in Schwarzafrika anzutreffen. Dennoch gibt es auch einige vielversprechende Anzeichen: In der Ausgabe 2007 des Berichts wird auf die Welle der Reformen hingewiesen, die in der Region zu greifen beginnen, wodurch Ghana und Tansania jetzt zu den zehn erfolgreichsten Reformländern gehören.

Auf kurze und mittlere Sicht jedoch bestehen aufgrund dieses schwierigen Umfelds nur beschränkte Aussichten auf Fortschritte. Andererseits deuten die meisten Voraussagen auf ein anhaltendes weltweites Wachstum hin, wodurch die Region erneut von günstigen Rohstoffpreisen profitieren dürfte, was durch einen relativ schwachen US-Dollar noch weiter gefördert wird. Aufgrund einer unzureichenden Diversifizierung bleibt Schwarzafrika weiterhin den Unwägbarkeiten der Preisentwicklung für Öl und andere Rohstoffe ausgeliefert.

5 Karibik

2006 wurde das Wirtschaftswachstum in den Ländern der Karibik von den guten Ergebnissen im Bausektor und Tourismus getragen und erreichte im regionalen Durchschnitt 8,3% (Tabelle 3). In Trinidad und Tobago, der wachstumsstärksten Volkswirtschaft der Region, führten hohe Energiepreise, Kapazitätssteigerungen in der Gasverarbeitungsindustrie und ein durch öffentliche Ausgabenprogramme ausgelöster Bauboom zu einem Wachstum von 12%. Auch die Dominikanische Republik verzeichnete mit fast 11% ein kräftiges Wachstum, das durch den privaten Verbrauch und eine intensive Investitionstätigkeit ausgelöst wurde.

Außerdem hat die Cricket-Weltmeisterschaft zu einer florierenden privaten und öffentlichen Bautätigkeit, auch mit Hilfe von Steuervergünstigungen, externen Zuschüssen und öffentlichen Darlehen geführt.

Die Staatshaushalte vieler Länder der Region wurden durch die hohen laufenden Ausgaben für Katastrophenhilfe und den Ausbau der Infrastruktur sowie die eiligen Vorbereitungen der Cricket-Weltmeisterschaft stärker belastet. Um dem entgegenzuwirken, haben die Regierungen Reformen zur Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzverwaltung durchgeführt. Allerdings haben diese Anstrengungen sowie die steigenden Steuereinnahmen nicht zu einem nennenswerten Abbau der öffentlichen Verschuldung geführt, die nach wie vor einen relativ hohen Stand aufweist und 2006 bei über 90% liegt. Die Zahlungsbilanzen vieler Karibikländer hatten in letzter Zeit unter den hohen Ölpreisen (wenngleich die Erdgas- und Ölförderländer wie Trinidad und Tobago davon profitiert haben) und Einbußen in einigen der traditionellen Exportsektoren zu leiden. Infolge der guten Ertragslage in Trinidad und Tobago wurde im vergangenen Jahr mit einem regionalen Leistungsbilanzüberschuss von 2,7% das seit Jahrzehnten beste Ergebnis erzielt.

Tabelle 3: Makroökonomische Indikatoren für die Volkswirtschaften der Karibik

	Veränderung des realen BIP (%)				Inflation (%)				Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)				Saldo des Staatshaushalts (% des BIP)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Karibik¹	3,5	6,4	8,3	5,5	21,3	6,9	7,7	5,9	1,7	0,4	2,7	2,2	-3,4	-1,6	-2,2	-1,9

¹ Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Lucia, Suriname, Trinidad und Tobago.

Quelle: IWF

Das vor kurzem geschlossene CSME-Abkommen (Caribbean Community Single Market and Economy – Gemeinsamer Karibischer Markt und Wirtschaftsraum) gilt nicht nur als Schlüssel zur Entwicklung der Region, sondern auch als wirksame Methode zur Stärkung der Verhandlungsposition der Region in den Handelsgesprächen mit der EU, aber auch bei der Aushandlung der gesamtamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas – FTAA)². Die Binnenmarktkomponente des CSME trat am 1. Januar 2006 in 12 Staaten in Kraft (Jamaika, Barbados, Belize, Guyana, Suriname, Trinidad und Tobago, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen). Die Komponente der Währungsunion des CSME soll Ende 2008 eingeführt werden. Dieser gemeinsame Markt würde eine Bevölkerung von rund 6 Millionen Einwohnern und ein Gesamt-BIP von fast 40 Mrd USD umfassen (zum Vergleich: die geplante FTAA wird voraussichtlich eine Gesamtbevölkerung von 800 Millionen Einwohnern und ein Gesamt-BIP von schätzungsweise 11 Bio USD aufweisen).

Die Aussichten der Karibikländer für 2007 sind recht positiv, wenngleich sich das Gesamtwachstum in der Region angesichts der schwächeren US-Wirtschaft und des Rückgangs verschiedener Rohstoffpreise auf 5,5% verlangsamen dürfte. Die meisten Länder erfreuen sich wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Die Anstrengungen der letzten Zeit zur Verbesserung des Rechts- und Regulierungsumfelds im Hinblick auf die Bekämpfung der Geldwäsche und der damit zusammenhängenden Kriminalität haben die Attraktivität der Region für Ausländer gefördert. Zwar ist der CSME ein relativ kleiner Zusammenschluss, und die meisten seiner Mitglieder unterhalten anderweitige vorrangigere Handelsbeziehungen, aber dennoch dürfte sich diese Initiative – wenn auch nur in begrenztem Ausmaß – positiv auf das Wachstum auswirken. Die vorrangig auf die Diversifizierung der Wirtschaft, die Stärkung der Effizienz und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ausgerichteten Strukturreformen müssen auch in Zukunft unvermindert fortgeführt werden.

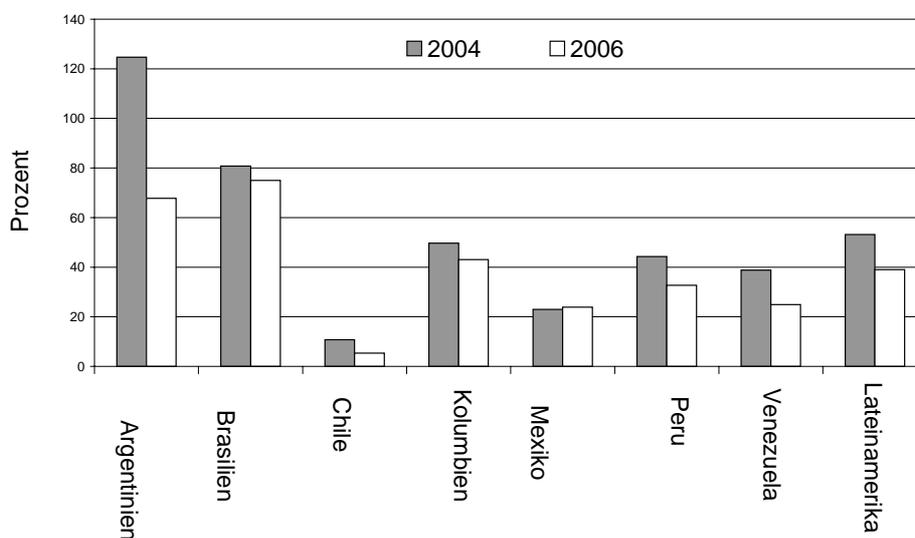
6 Lateinamerika

Gestützt vom nachhaltigen Wachstum der Weltwirtschaft, der Stärkung der Binnennachfrage und weiteren Erhöhungen der Rohstoffpreise verzeichnete Lateinamerika 2006 ein robustes Wachstum von 5,2% (Tabelle 4). Auf der Grundlage der positiven Entwicklung in Argentinien, Mexiko und Brasilien wurde die gestärkte Binnennachfrage zunehmend zum wichtigsten Wachstumsmotor. Die starke Wirtschaftsleistung

² Das CSME-Abkommen ist eine Initiative der Organisation Caribbean Community and Common Market (CARICOM) und besteht aus zwei Komponenten: Die Binnenmarktkomponente ermöglicht einen freieren Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Fachkräften innerhalb der Region, und die geplante Komponente der Währungsunion beinhaltet eine Gemeinschaftswährung, einen gemeinsamen Aktienmarkt sowie den Abbau sonstiger Beschränkungen, um einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen sowie die Wirtschafts- und Handelspolitik der Länder zu vereinheitlichen.

und die nach wie vor hohe globale Liquidität machten die Aktien- und Anleihemärkte der Region zu attraktiven Anlageformen mit risikogewichteten Renditen. Die Aktienmärkte wiesen Renditesteigerungen – in Dollar gerechnet – auf, die von 11,1% in Argentinien bis 94,1% in Peru reichten.

Abbildung 4: Verhältnis Staatsverschuldung zu BIP in Lateinamerika



Quelle: IWF, Weltbank

Die kräftige Verbesserung der Terms of Trade – ausgelöst durch Preissteigerungen bei den wichtigsten Ausfuhrsgütern der Region wie Kakao, Kaffee, Kupfer, Rohöl, Silber, Sojabohnen, Zucker und Weizen – schlug sich 2006 in der Region in einem Leistungsbilanzüberschuss von 1,6% des BIP nieder. Angesichts kräftiger privater Kapitalzuflüsse stiegen die Devisenreserven der Region auf 47,7 Mrd USD. Zwar haben die Importe aufgrund einer kräftig anziehenden Binnennachfrage zugenommen, doch entsprachen die Währungsreserven Ende 2006 einer immerhin 4,8-monatigen Importdeckung. Rasches Wachstum und günstige außenwirtschaftliche Bedingungen tragen dazu bei, dass einige Länder ihre Haushaltssituation verbessern und die öffentliche Verschuldung auf ein tragbareres Niveau reduzieren konnten. Die öffentliche Verschuldung in der Region lag 2006 im Durchschnitt bei 39% des BIP gegenüber 53,2% des BIP im Jahr 2004 (Abbildung 4). Allerdings weisen Argentinien und Brasilien mit 68 bzw. 75% des BIP noch immer eine sehr hohe Staatsverschuldung auf.

Tabelle 4: Makroökonomische Indikatoren für Lateinamerika

	Veränderung des realen BIP (%)				Inflation (%)				Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)				Saldo des Staatshaushalts (% des BIP)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Lateinamerikaⁱ	6,1	4,3	5,2	4,6	6,2	6,2	5,1	5,5	1,0	1,4	1,6	0,4	-1,7	-1,4	-1,6	-1,8
Mittelamerika^k	4,0	4,4	5,8	5,1	7,0	8,1	6,6	5,6	-5,5	-4,8	-4,8	-5,0	-2,9	-2,4	-1,2	-2,0
Andenländer^l	9,1	7,0	7,2	5,6	8,5	6,9	6,5	9,0	3,9	5,2	5,7	2,5	0,8	1,9	1,4	-1,2
Argentinien	9,0	9,2	8,5	7,5	4,4	9,6	10,9	10,3	2,1	1,9	2,4	1,2	-3,3	-2,4	-2,1	-2,5
Brasilien	5,7	2,9	3,7	4,4	6,6	6,9	4,2	3,5	1,8	1,6	1,3	0,8	-2,4	-3,0	-3,0	-2,0
Mexiko	4,2	2,8	4,8	3,4	4,7	4,0	3,6	3,9	-1,0	-0,6	-0,2	-1,0	-1,9	-1,5	-1,9	-1,9

ⁱ Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela

^k Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama

^l Chile, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela

Quelle: IWF

Haushaltsdisziplin und die Aufwertungen der Landeswährungen trugen dazu bei, dass die Zentralbanken der meisten Länder der Region die Teuerungsrate mit Hilfe einer gezielten Inflationsbekämpfung verringern konnten. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Inflationsrate 2006 auf 5,1%. Ein zweistelliger Wert war – ausgelöst durch den kräftigen Anstieg der Inlandsnachfrage – nur in Argentinien zu verzeichnen.

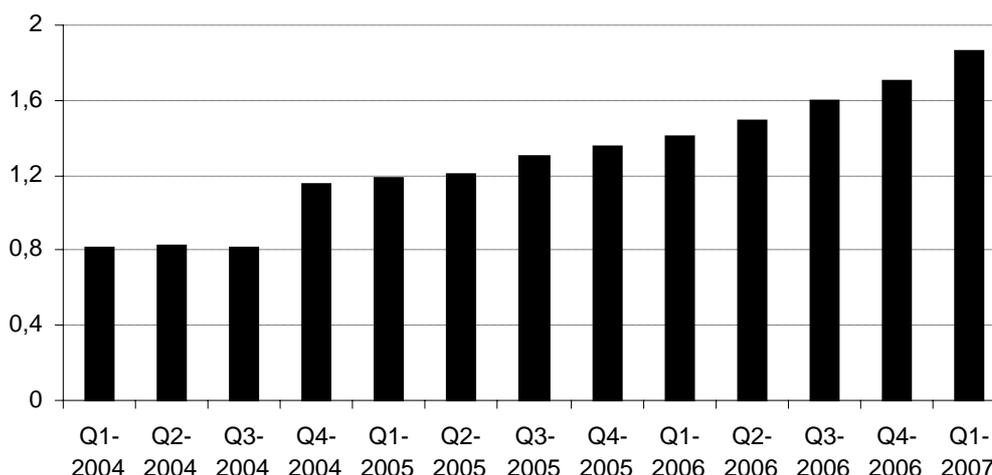
In sieben Ländern fanden 2006 Präsidentschaftswahlen statt, führten jedoch nicht zu nennenswerten gesamtwirtschaftlichen Kurswechsellern für die gesamte Region, da die politischen Führungen sehr wohl erkannt haben, dass Wachstum und Verbesserungen im sozialen Bereich durch makroökonomische Stabilität und den Zugang zu in- und ausländischem Kapital bedingt werden. Allerdings haben sich Ecuador und Nicaragua mit der Wahl der Mitte-Links-Kandidaten dem Lager Argentinien, Venezuelas und Boliviens angeschlossen, die eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft befürworten. Brasilien dagegen hält am marktorientierten Kurs fest, wenngleich der Präsident in einigen politisch heiklen Fragen nicht eindeutig Stellung bezogen hat. Die Region sollte die durch die günstige weltwirtschaftliche Lage gebotene Chance nutzen und die für ein nachhaltiges Wachstum unerlässlichen Reformen weiter vorantreiben. So wurden bisher bei der Stärkung der Institutionen und der Verbesserung der Eigentumsrechte im Wege von Reformen im Governance-Bereich nur geringfügige Fortschritte erzielt. Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten der Region für 2007 sind angesichts der außenwirtschaftlichen Entwicklung und des nachlassenden (Argentinien) oder gar rückläufigen (Venezuela) Wachstums in einigen Ländern nicht so günstig wie im vergangenen Jahr. Ausgelöst durch das rückläufige Wachstum in den Vereinigten Staaten und den Abwärtstrend bei den Weltrohstoffpreisen wird sich das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika insgesamt auf 4,6% abschwächen.

7 Asien

Ein kraftvolles Exportwachstum und eine Woge privater Kapitalzuflüsse haben für ein nachhaltiges Wachstum und positive Zahlungsbilanzen in Asien gesorgt. 2006 war ein weiteres Jahr mit hohen Wachstumsraten von 8,5% im regionalen Durchschnitt. An der Spitze lagen wiederum China mit 10,7% und Indien mit 9,2% (Tabelle 5). Das kräftige Wachstum in China ist weiterhin investitionsinduziert, während in Indien eher die Inlandsnachfrage ausschlaggebend ist. Dieses starke Wachstum verbunden mit der Liberalisierung des Finanzsektors und günstigen Wirtschaftsaussichten in den führenden Schwellenländern Asiens lockten 2006 einen Zustrom privaten Kapitals von 225 Mrd USD und damit viermal so viel wie im Jahr 2002 an.

Die kräftige Zunahme der Exporte und der steigende Zustrom privaten Kapitals führten zu einem Anstieg der staatlichen Devisenreserven der führenden aufstrebenden Märkte Asiens auf 1,9 Bio USD bis März 2007 (Abbildung 5). Zwar steht China mit 1,2 Bio USD einsam an der Spitze, doch haben auch andere Länder Reserven in Rekordhöhe angesammelt. Dieser massive Aufbau von Währungsreserven wurde durch die hohen Exportwachstumsraten (China: 27% im Jahr 2006) und die daraus resultierenden Leistungsbilanzüberschüsse (2006: 5,3% des BIP für die gesamte Region, 9,1% des BIP in China) sowie die Tatsache hervorgerufen, dass die aufstrebenden Märkte in Asien zunehmend Finanzströme aus aller Welt angelockt haben. Außerdem haben sich günstige wirtschaftliche Eckdaten, steigende Einkommen der Gebietsansässigen und umfangreiche ausländische Investitionen positiv auf die Aktienmärkte in ganz Asien ausgewirkt. Der Morgan Stanley Capital International Index (MSCI) für die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens erreicht im April 2007 ein Rekordhoch: Er lag 17% höher als im Vorjahr und überstieg den MSCI-Index für die G-7-Länder um 14%. Andererseits erlebten auch die asiatischen Aktienmärkte zwei kurze Phasen der Instabilität, die die globalen Kapitalmärkte Mitte 2006 und Anfang 2007 trafen.

Abbildungung 5: Staatliche Devisenreserven in den aufstrebenden Ländern Asiens *



* in Bio USD
Quelle: IWF

Aufgrund des anhaltenden Aufwertungsdrucks sahen sich die Zentralbanken der Region veranlasst, Maßnahmen zur Begrenzung der Wettbewerbsverluste zu ergreifen und die Auswirkungen der umfangreichen und ständig steigenden Zahlungsbilanzüberschüsse auf die inländische Liquidität unter Kontrolle zu bringen. China hat die Aufwertung seiner Währung begrenzt, seit es den Renminbi vom Dollar abgekoppelt hat und den Kurs innerhalb einer bestimmten Bandbreite schwanken lässt. Es wird davon ausgegangen, dass eine 10%-ige Aufwertung des Renminbi den Verlust von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen in China bedeuten könnte, was den Arbeitsmarkt, der ohnehin schon durch ein Arbeitskräfteüberangebot geprägt ist, zusätzlich belasten würde. Die Zentralbank Malaysias folgte dem chinesischen Beispiel und ließ ebenfalls eine Aufwertung zu. Die thailändische Zentralbank erließ eine Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung des privaten Kapitalzustroms, nachdem sich amtliche Kreise Ende 2006 über die ständige Aufwertung der Währung besorgt gezeigt hatten. Für die Philippinen ist eine Stärkung ihrer Währung eine relativ neue Erscheinung. Durch eine Haushaltskorrektur und einen umfangreichen Leistungsbilanzüberschuss konnte das Vertrauen der Investoren wieder hergestellt werden. Darüber hinaus wird der höhere Wechselkurs als Instrument zur Bekämpfung der Inflation eingesetzt.

Tabelle 5: Makroökonomische Indikatoren für die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens

	Veränderung des realen BIP (%)				Inflation (%)				Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)				Saldo des Staatshaushalts (% des BIP)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Asien^m	8,0	8,2	8,5	8,0	3,9	3,4	3,6	3,4	3,4	4,4	5,3	5,6	-1,7	-1,5	-1,0	-1,2
Asean4ⁿ	5,9	5,2	5,4	5,5	4,3	7,1	8,3	4,4	3,3	2,1	4,8	4,2	-1,5	-0,6	-0,3	-0,7
Tigerstaaten^o	5,9	4,8	5,4	4,6	2,4	2,2	1,7	2,1	6,6	5,6	5,6	5,3	1,2	1,7	1,9	1,6
China	10,1	10,4	10,7	10,0	3,9	1,8	1,5	2,2	3,6	7,2	9,1	10,0	-1,5	-1,3	-0,7	-1,0
Indien	7,8	9,2	9,2	8,4	3,8	4,2	6,1	6,2	0,1	-0,9	-2,2	-2,4	-7,7	-7,3	-6,4	-5,8

^m Bangladesch, Brunei Darussalam, China, Indien, Indonesien, Korea, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Mongolei, Nepal, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand, Vietnam, Jemen

ⁿ Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand

^o Hongkong, Korea, Singapur, Taiwan

Quelle: IWF

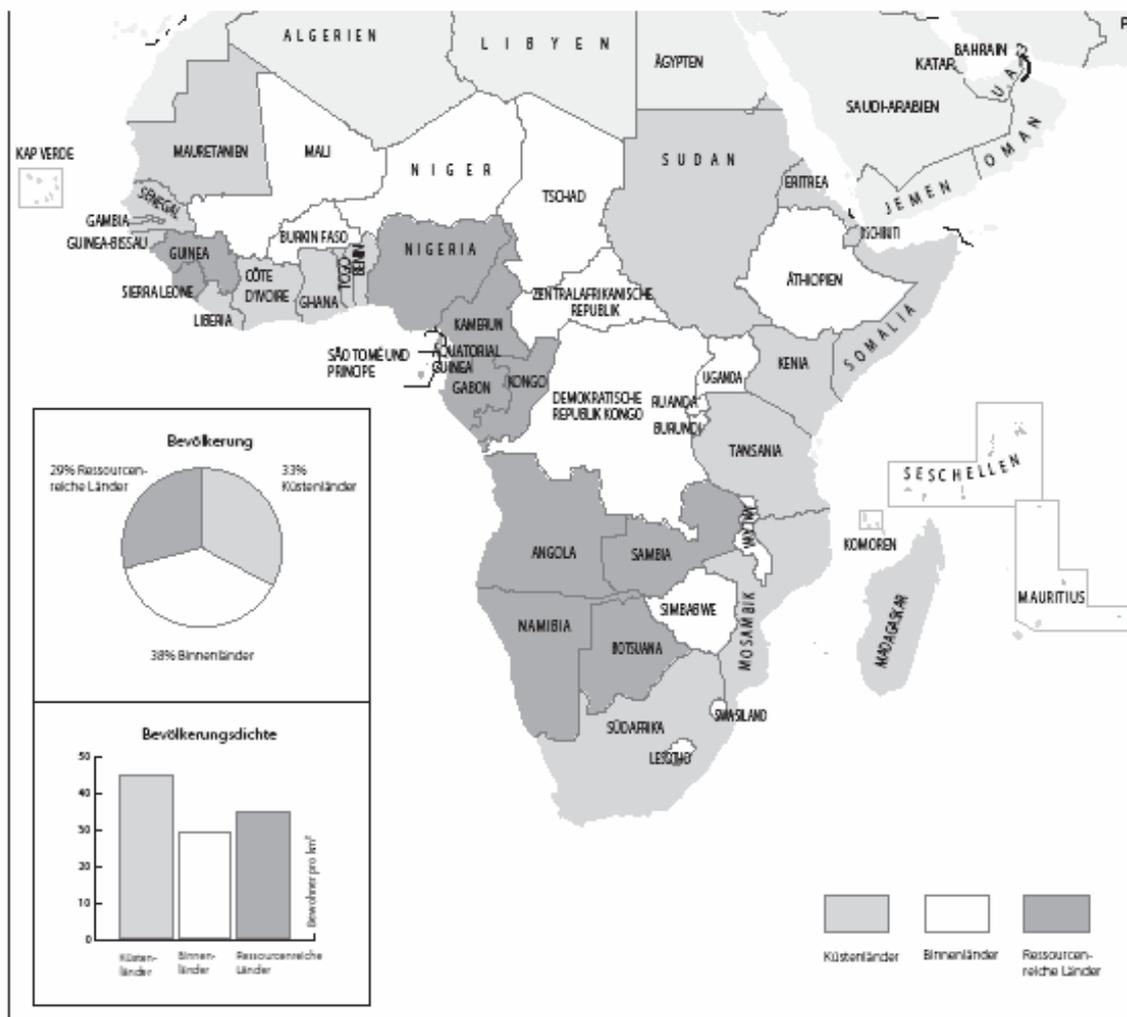
Ein robustes Wachstum und die Besorgnis angesichts des inflationären Drucks veranlassten die Zentralbanken Indiens und Chinas 2007 zu einer weiteren Straffung ihrer Geldpolitik. In Indonesien dagegen führten rückläufige Inflationsraten und gemäßigtes Wachstum sowie eine starke Zahlungsbilanzposition zur Beibehaltung der seit Mai 2006 gelockerten Geldpolitik. Die thailändische Zentralbank erklärte ihre restriktive Politik zwar bereits im Juni 2006 für beendet, lockerte die Geldpolitik jedoch erst Anfang 2007 und ließ damit eine Anpassung der Nachfrage zu.

Das Wachstum wird 2007 voraussichtlich auf das Niveau von 2004-05 zurückgehen. Ausschlaggebend dafür sind die Straffung der Geldpolitik in China und Indien, die Stabilisierung der Inlandsnachfrage in anderen aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und eine leicht rückläufige Auslandsnachfrage. Die Prognose gründet sich auf ein verlangsamtes Wachstum in den Vereinigten Staaten, das jedoch durch ein stetiges Wachstum in Europa teilweise wettgemacht wird, und auf eine anhaltende Dynamik in Japan. Im Hinblick auf ein nachhaltiges Wachstum müssen die Regierungen der Region die Reformen vorantreiben und sich rascher und flexibler auf veränderte Bedingungen einstellen. Ein vorrangiges Anliegen sollte dabei die Beschleunigung der Finanzreform und der Liberalisierungsmaßnahmen sein, die für die Modernisierung der unterentwickelten inländischen Kapitalmärkte unerlässlich sind.

TEIL II

OPTIONEN FÜR DIE HILFE IN AFRIKA

Die Humangeografie Schwarzafrikas



1 Einführung

Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts waren für Schwarzafrika bereits das zweite Jahrzehnt in Folge, in dem die Wirtschaft stagnierte. In den meisten Ländern sanken die Prokopfeinkommen, während die Armut weiter zunahm. In einigen ging die Wirtschaftsleistung in absoluten Zahlen zurück, und kein einziges afrikanisches Land erzielte einen Wachstumsschub, der ausreichte, um Impulse auf die Entwicklung der Nachbarländer auszulösen. Diese negative Entwicklung zog sich länger hin als erwartet, und dies trotz Schuldenerlassinitiativen von bislang ungekanntem Ausmaß, eines ununterbrochenen Zustroms von Hilfeleistungen und eines relativ günstigen Klimas für den Außenhandel. Zwar haben einige Länder in den letzten Jahren ein positives Wachstum erzielt, doch in vielen anderen setzt sich der Niedergang fort.

Die schwachen Wachstumszahlen waren für viele Anlass, die Modalitäten der Hilfe in Zweifel zu ziehen oder sich grundsätzlich zu fragen, ob die Hilfe überhaupt eine positive Wirkung gezeigt hat. Diese Fragen wurden umfassend diskutiert, und zahlreiche Studien haben sich mit der Kernfrage in Bezug auf Entwicklungshilfe, Reform und Wachstum befasst – Warum ist Schwarzafrika zurückgefallen? Wurde die Hilfe nicht richtig eingesetzt? Welche Möglichkeiten gibt es, die Umsetzung der Hilfe zu verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung künftig wirksam zu unterstützen? Diese strategische Diskussion findet vor dem Hintergrund neuer empirischer Forschungsarbeiten statt, mit denen anhand der Humangeographie, der Wirkung der Hilfe, der Wechselwirkungen zwischen Armut, Ungleichheiten und Wachstum sowie der Rolle der Institutionen eine Erklärung für die Wachstumsraten Afrikas gefunden werden soll.

Insbesondere der ‚Konsens von Washington‘, nach dem sich die Institutionen von Bretton Woods zwei Jahrzehnte lang richteten, ist zunehmend in die Kritik geraten, da das Konzept auf einer additiven Liste („Laundry-List“) umfassender Reformpakete beruht, die zur Folge hatte, dass es an einer angemessenen Schwerpunktsetzung und einer gezielten Ausrichtung der Hilfe am spezifischen Bedarf der Empfänger fehlte. In diesem Abschnitt soll eine kritische Untersuchung der Hilfe im Rahmen des Konzepts der „Wachstumsdiagnose“ vorgenommen werden, die sich schwerpunktmäßig mit den wichtigsten Wachstumshindernissen befasst. In der Praxis gibt es keinen Ersatz für eine eingehende Analyse des jeweiligen Einzelfalls. Allerdings liefern die geographischen Unterscheidungen zwischen den Ländern und die makroökonomischen Eckdaten bereits einen ersten Hinweis auf die vorhandenen Hindernisse. Dieser Abschnitt ist wie folgt aufgebaut: Punkt 2 enthält einen Rückblick auf die langfristige Entwicklung des Wachstums in Afrika und eine kurze Zusammenfassung verschiedener jüngerer empirischer Studien. Unter Punkt 3 werden die Wachstumshindernisse schwerpunktmäßig unter geographischen und institutionellen Aspekten untersucht. Die Diskussion über die Strategie der Hilfe für Afrika während der 90er Jahre wird unter Punkt 4 und die strategischen Möglichkeiten für die Zukunft werden unter Punkt 5 erörtert. Punkt 6 behandelt die Auswirkungen für die EIB und Punkt 7 enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Schlussfolgerungen.

2 Afrika ist zurückgefallen

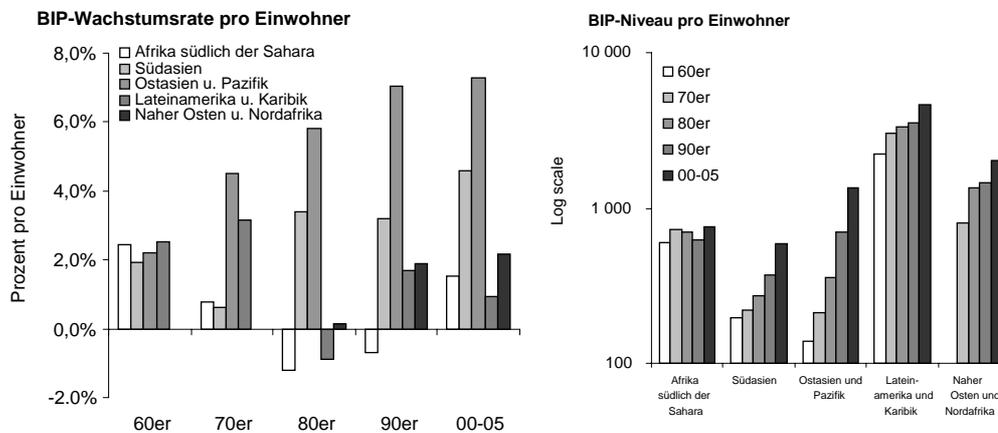
Der Rückgang des BIP pro Einwohner in den 80er und 90er Jahren hielt in Schwarzafrika länger an und war stärker ausgeprägt als in irgendeinem anderen Teil der Welt. Laut den 10-Jahres-Gesamtgrößen ist Lateinamerika die einzige andere Region, die einen vergleichbaren Niedergang erlebt hat (siehe Abbildung 6). Allerdings hielt dieser Trend in Afrika länger an und führte zu einem immer stärkeren Einkommensgefälle gegenüber anderen Entwicklungsländern, insbesondere den schnell wachsenden asiatischen Volkswirtschaften. Die in den letzten Jahren in Afrika einsetzende Erholung wurde teilweise durch ein günstiges außenwirtschaftliches Klima mit hohen Rohstoffpreisen und zunehmendem Handel ausgelöst. Diese Entwicklung stellt für einige Länder eine Chance dar, aber in absoluten Zahlen bleibt das Gefälle groß. Während sich das Pro-Kopf-BIP seit den 60er Jahren in Südasien verdreifacht und in Ostasien und in der Pazifikregion sogar verneunfacht hat, ist es in Afrika fast unverändert geblieben. In der Rangordnung der Länder nach dem Pro-Kopf-Wachstum für die Zeit von 1960 bis 2001 belegt Afrika 15 der 20 schlechtesten Plätze und nur zwei unter den 20 besten³.

Diese Phase des rückläufigen Pro-Kopf-BIP in Afrika ging mit zunehmender Armut einher. Während weltweit der Anteil der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, in Laufe der 90er Jahre von 28 auf 21% zurückging, stieg er in Schwarzafrika auf 45% an. Anlass zur Sorge gibt diese Zunahme nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Auswirkungen auf das menschliche Wohlergehen, sondern auch weil Armut und Ungleichheiten das Wirtschaftswachstum behindern. Durch finanzielle Ungleichheiten können sich die Ersparnisse erhöhen (Reiche haben eine geringere Ausgabenneigung), aber in erster Linie führen sie zu Verstimmung und sozialen Spannungen, wodurch Reformen behindert werden. Eine weitere Folge

³ Weltbank, ‚Weltentwicklungsindikatoren‘ 2005

sind suboptimale Investitionen der Armen. Es entsteht die Neigung zur Aufrechterhaltung einer „Armenpolitik“ und des Erhalts der Erträge. Daher haben Entwicklungsorganisationen und Regierungen das Konzept des breitenwirksamen oder armutsorientierten Wachstums („Pro-Poor-Growth“) eingeführt. Dieses Konzept beruht auf der Erkenntnis, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum eine unabdingbare Voraussetzung für die Minderung der Armut ist.

Abbildung 6: Wachstum des Pro-Kopf-BIP im regionalen Vergleich



Quelle: Weltbank (BIP zu konstanten Preisen von 2000 in USD)

Empirische Wachstumsmodelle wurden mit unterschiedlichem Erfolg zur Erklärung des schwachen Wirtschaftswachstums in Schwarzafrika herangezogen. Modelle, die den Einsatz von Kapital und Arbeit als ausschlaggebende Faktoren für die Gesamtleistung verwenden, zeigen starke Korrelationen zwischen Wachstum und Kapitalakkumulierung. Damit lässt sich etwa die Hälfte des BIP-Wachstums erklären⁴. Die andere Hälfte des BIP-Wachstums bleibt dagegen ungeklärt und wird dem Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität zugeschrieben⁵. Die Modelle zeigen, dass das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität fast immer geringer als in der OECD und in vielen Fällen sogar negativ ist⁶, und dies ungeachtet des enormen Aufholpotenzials angesichts des niedrigen absoluten Produktivitätsniveaus in den afrikanischen Ländern. In vielen Fällen ging die Gesamtfaktorproduktivität bei Erhöhung des Kapitals zurück. Dies lässt Zweifel an der Effizienz der Investitionen aufkommen. Daher wurde mit den Regressionsmodellen versucht, unter Einbeziehung weiterer Variablen wie der geleisteten Hilfe, der geographischen Aspekte und der beteiligten Institutionen eine genauere Erklärung für den Verlauf des Wirtschaftswachstums zu finden. Diese Modelle werden an späterer Stelle erörtert.

3 Geografie und Humangeografie

Im Vergleich zu anderen Regionen ist Schwarzafrika relativ dünn besiedelt und verfügt über reichhaltige natürliche Ressourcen. Die Bevölkerungen weisen extreme ethnische und sprachliche Unterschiede auf. Obwohl sich die Region aus zahlreichen relativ bevölkerungsarmen Ländern zusammensetzt, bestehen diese Völker ihrerseits unter humangeographischen Aspekten aus einer Vielzahl ethnischer und sprachlicher Gruppen. Angesichts der Landmasse und der Anzahl der Länder gibt es zwangsläufig viele Binnenländer. Außerdem stellt die geringe Einwohnerzahl ein Hindernis für den Aufbau und die Erhaltung von Institutionen dar. Kleine Länder verfügen in der Regel nicht über spezialisierte Finanzmedien oder sonstige Informationskanäle, die ihnen als Kontrollorgan gegenüber der Regierung dienen könnten, was jedoch angesichts der ethnischen Vielfalt durchaus wichtig wäre. Ebenso wenig können sie sich reguläre Streitkräfte leisten, die die innere Sicherheit gewährleisten könnten.

In Anbetracht der Vielfältigkeit der Region ist es sinnvoll, die Länder nach ihrer Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und einem Zugang zur Küste (siehe Karte) in Kategorien einzuteilen⁷. Dabei ergeben sich logischerweise vier Kategorien, nämlich Zugang zur Küste und reich an Ressourcen, Binnenland und reich

⁴ Easterly and Levine 2003, „Tropics Germs and Crops“, Journal of Monetary Economics 50 (1), 3-39.

⁵ In einem Regressionsmodell, in dem das BIP eine Funktion des Einsatzes von Kapital und Arbeit ist, ist die Gesamtfaktorproduktivität definiert als Restgröße, d.h. der Anteil der Veränderung des BIP, der sich nicht durch einen veränderten Einsatz von Kapital und Arbeit erklären lässt. Dies ist die allgemein übliche Ersatzgröße für eine Produktivitätssteigerung der Wirtschaft.

⁶ Bosworth and Collins 1996, „Economic growth, Accumulation vs. Assimilation“, Brookings Papers, 2.

⁷ Collier 2006, „Africa: Geography and Growth“, Centre for the Study of African Economics, Oxford.

an Ressourcen, Zugang zur Küste und arm an Ressourcen und Binnenland und arm an Ressourcen. Für die ressourcenreichen Länder (definiert als Volkswirtschaften, in denen mehr als 10% des BIP auf Erträge aus Rohstoffen entfallen) ist der Zugang zu den Märkten in der Regel kein Problem. Die Beförderung der Rohstoffe ist fester Bestandteil der Erschließung der Ressourcen, so dass der Zugang zur Küste kein Problem darstellt. Daher werden die ressourcenreichen Länder im Folgenden als eine Gruppe betrachtet.

Etwa ein Drittel der Bevölkerung Schwarzafrikas lebt in ressourcenarmen Binnenländern. In anderen Teilen der Welt handelt es sich bei solchen abgelegenen Gegenden um das Hinterland größerer Länder, in Afrika sind sie unabhängige Staaten. Diese Länder müssen hohe Transportkosten tragen und ihr Zugang zu den Märkten ist schwierig, was ihre Möglichkeiten, Handel zu treiben, behindert. Die aus dieser wirtschaftlichen Isolation resultierenden Probleme betreffen nicht nur Binnenstaaten, sondern auch die inneren Regionen von Küstenländern, deren Verkehrssysteme schlecht ausgebaut sind.

Ressourcenreiche Länder sind ebenfalls mit einer Reihe spezifischer Probleme konfrontiert. Trotz der reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen ist es ihnen nicht gelungen, die Wachstumshindernisse zu überwinden. Im Gegenteil, außer in Botswana⁸ erwiesen sich die natürlichen Ressourcen eher als Fluch als ein Segen. Mit wenigen Ausnahmen geht aus dem seit den 60er Jahren weltweit angesammelten Beweismaterial hervor, dass Länder mit natürlichen Ressourcen ein geringeres Wachstum verzeichneten als Länder ohne Ressourcen⁹. Außerdem weisen sie eine uneinheitlichere Einkommensverteilung auf, ein größerer Anteil ihrer Bevölkerung lebt in Armut, es gibt mehr Korruption, mehr autoritäre Regime, sie wenden mehr Geld für Militärausgaben auf und sind mit einem höheren Risiko bewaffneter Konflikte konfrontiert. Dies ist nicht nur die Folge der Volatilität des Rohstoffbooms oder der „holländischen Krankheit“ – infolge der Aufwertungsstendenzen werden Mittel in weniger dynamische Wirtschaftszweige umgeleitet, in denen nicht-handelbare Güter produziert werden. Noch wichtiger ist dagegen der Schaden, der durch den Abbau bzw. die Förderung der natürlichen Ressourcen für die Einrichtungen der Wirtschaft entsteht. Aufgrund des Umfangs und der Konzentration der Erträge verlagert sich das Interesse von unternehmerischen und produktiven Tätigkeiten auf ein reines Renditestreben. Die Folge sind Verschwendung und fehlgeleitete Investitionen.

Rohstoffarme Küstenländer waren in Asien und Lateinamerika die erfolgreichste Gruppe. In Asien rührte dieser Erfolg von der internationalen Verlagerung von Verarbeitungsindustrien wie der Textilindustrie in Billiglohnländer während der 80er Jahre her. Sobald diese Industrien an einem bestimmten Standort angesiedelt waren, setzte ein Agglomerationsprozess ein, d.h. die Verfügbarkeit von Arbeit und Exportinfrastrukturen sowie das Geschäftsumfeld übten eine regelrechte Magnetwirkung auf verwandte Industriezweige und Unternehmen aus. Abgesehen von Mauritius ist dieser Entwicklungsprozess in Afrika nie zustande gekommen.

Das Wirtschaftswachstum dieser drei Ländergruppen ist in Abbildung 7 dargestellt. Dabei wiesen die Binnenländer insgesamt die schlechtesten Wirtschaftsergebnisse dieser drei Gruppen auf. Das BIP pro Einwohner war zu allen Zeiten mit Ausnahme der 60er Jahre rückläufig, und das Prokopfeinkommen lag 2005 um 35% unter dem Niveau von 1960. Die Küstenländer haben im Durchschnitt die höchsten Prokopfeinkommen vorzuweisen, hängen jedoch am stärksten vom Handel ab und erlebten in den 80er Jahren einen drastischen wirtschaftlichen Einbruch. Die ressourcenreichen Länder verzeichneten das höchste Wachstum, und die Prokopfeinkommen lagen 2005 48% über dem Niveau von 1960. Sie profitierten von den steigenden Öl- und Rohstoffpreisen in den 70er Jahren und erneut ab dem Jahr 2000. Dennoch haben die ressourcenreichen Länder bis 2005 nur ein Pro-Kopf-BIP von weniger als der Hälfte des Niveaus der Küstenvolkswirtschaften erreicht.

Diese Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der ressourcenreichen Länder, der Binnen- und der Küstenstaaten spielt bei der Erklärung des schwachen Wachstums in Afrika im Vergleich zu anderen Regionen eine wichtige Rolle. In Afrika verteilt sich die Bevölkerung gleichmäßig auf diese drei Länderkategorien, während in den übrigen Entwicklungsländern 1% der Bevölkerung in Binnenländern, 88% in Küstenländern und 11% in ressourcenreichen Ländern leben. Die Binnen- und ressourcenreichen Länder in Afrika schnitten im Durchschnitt nicht schlechter ab als die entsprechenden Gruppen in Asien¹⁰. Dennoch stellten sie für Afrika eine wesentlich größere Belastung dar, weil auf sie ein überproportionaler Bevölkerungsanteil entfiel.

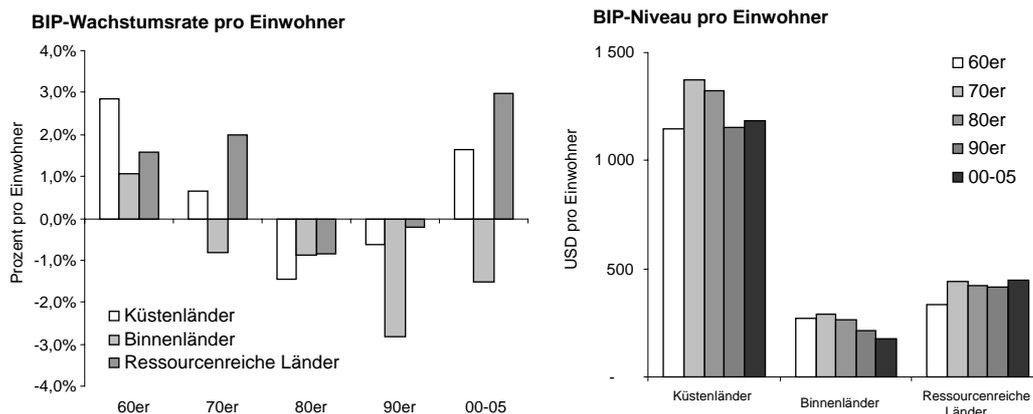
⁸ Botswana galt in der Kolonialzeit nicht als ressourcenreiches Land. Die Traditionen der Weidewirtschaft blieben intakt. Dazu zählte auch eine breit angelegte Beteiligung der Stammesfürsten und Rinderbesitzer an der Politik. Diese Tradition gewährleistete eine gewisse Kontrolle über die Politiker und bildete eine solide Basis für die Verwaltung der Erträge aus dem Diamantenhandel.

⁹ Weltbank 2005, „Economic Growth in the 1990s, Natural Resources – When Blessings become Curses“.

¹⁰ Collier 2004, „Growth in Africa: Opportunities, Syndromes and Episodes“, African Policy Institutes Forum.

Zu diesen Auswirkungen der Humangeografie kommt noch hinzu, dass es in Afrika relativ häufig zu innenpolitischen Funktionsstörungen gekommen ist, d.h. die Regierungen die Kontrolle über die innere Sicherheit verloren haben und daraufhin bewaffnete Konflikte ausgebrochen sind. Diese Kombination aus humangeographischer Lage und Versagen der Regierungen im Bereich der inneren Sicherheit ist die Haupterklärung dafür, dass das Wirtschaftswachstum in Afrika in der Zeit von 1960 bis 1990 so anders verlief als in anderen Regionen. Sie erklärt jedoch nicht die relativ schwache Wirtschaftsleistung Schwarzafrikas seit 1990. Daraus ist zu schließen, dass nach 1990 ein weiterer Faktor hinzugekommen ist, der sich nachteilig auf die Volkswirtschaften der ressourcenarmen Küstenländer Afrikas auswirkt. Eine mögliche Erklärung hierfür ist der härtere Wettbewerb auf den Exportmärkten durch die erfolgreichen asiatischen Volkswirtschaften. Allerdings hat das Wachstum in Asien auch die Nachfrage nach Rohstoffen in die Höhe getrieben und neue Quellen für Kapitalströme nach Afrika erschlossen (siehe Kasten).

Abbildung 7: Wirtschaftswachstum in Küsten-, Binnen- und ressourcenreichen Ländern



Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsindikatoren (BIP zu konstanten Preisen von 2000 in USD)

Die Rolle Chinas in Afrika

Im Januar 2006 verabschiedete die chinesische Regierung „Chinas Afrikapolitik“ mit dem Ziel, den stetigen Ausbau der chinesisch-afrikanischen Beziehungen zu fördern. In diesem Kasten sollen die jüngsten Entwicklungen der Handels- und Kapitalströme zwischen China und Afrika zusammengefasst und die wichtigsten Punkte der politischen Diskussion hervorgehoben werden.

Das Engagement Chinas in Schwarzafrika wurde in den letzten Jahren ausgeweitet und umfasst bilaterale Handels- und Finanzabkommen, Hilfsmaßnahmen, Bildungsprogramme sowie den politischen und kulturellen Austausch. Der Handel zwischen China und Afrika hat 2006 einen Umfang von schätzungsweise 50 Mrd USD erreicht und sich damit seit 2004 mehr als verdoppelt (Tabelle A). Die afrikanischen Exporte nach China beschränken sich auf Brennstoffe und Erze und machen rund 10% der Warenexporte Schwarzafrikas aus. Auf der anderen Seite ist China mit einer breiten Produktpalette wie Maschinen, Leichtindustrieprodukten, Textilzeugnissen und Schuhen der wichtigste Importlieferant Schwarzafrikas. Länder wie Südafrika, Nigeria oder Benin verzeichnen einen erheblichen Zuwachs chinesischer Textilimporte. In einigen Fällen haben die örtlichen Textilfabriken mit der zunehmenden Konkurrenz aus China zu kämpfen. Der Dienstleistungsverkehr ist weniger ausgeprägt als der Güterverkehr, doch haben die afrikanischen Dienstleistungsexporte – insbesondere der Tourismus – in letzter Zeit einen erheblichen Aufschwung erlebt. Das starke Wachstum und die kräftige Nachfrage Chinas haben – vor allem vielen rohstoffreichen Ländern Schwarzafrikas – Windfall-Gewinne beschert.

Tabelle A: 2004 Handelsstatistik China-Schwarzafrika*

	Importe aus China	Exporte nach China
Mrd USD	13	20
Anteil an den Gesamtimporten/-exporten	8,4%	10%
Durchschnittl. Anstieg pro Jahr in %	28% (2003-2004)	48% (1999-2004)
Wichtigster Handelspartner	Südafrika: 3,8 Mrd	Angola: 6,6 Mrd
Wichtigste Erzeugnisse, % der Gesamtein-/ausfuhren	Baumwolle, Stoffe 8,5%	Öl, Gas 62%

*Quelle: H. Broadman, „Africa’s Silk Road: China and India’s new economic frontier“

2004 stiegen die chinesischen Direktinvestitionen in Schwarzafrika um über 300% auf 275 Mio USD (Tabelle B). Zwar konzentrierten sich die ausländischen Direktinvestitionen und die Darlehensvergabe durch Banken auf einige wenige ressourcenreiche Länder (wie Angola und Nigeria), doch ging das Engagement Chinas weit über die Rohstoffgewinnung hinaus. Die wichtigste Entwicklungsbank, Export-Import Bank of China (ExIm), finanziert im Wesentlichen Infrastrukturprojekte. Ferner gibt es stichhaltige Hinweise darauf, dass chinesische Unternehmen ihre örtlichen Handelsnetze erweitern und in arbeitsintensive Fertigungsprozesse auf der Basis von Technologien investieren, die an die örtlichen Gegebenheiten und beruflichen Fähigkeiten angepasst und sich in einem schwierigen geschäftlichen Umfeld als besser als die ihrer westlichen Partner herausstellen. Gleichzeitig betrauen chinesische Firmen angesichts des akuten Mangels an Fachkräften vielfach chinesische Firmen mit der Durchführung von Projekten und behindern damit unter Umständen die Entwicklung der örtlichen Arbeitsmärkte und den Transfer von Fähigkeiten.

Tabelle B: Die finanziellen Beziehungen zwischen China und Schwarzafrika*

	Mrd USD
Chinesische Hilfsprogramme in Afrika insgesamt (2002)	1,8
Chinesische Direktinvestitionen in Schwarzafrika (2004)	0,3
Wichtigster Empfänger ausländischer Direktinvestitionen in Schwarzafrika (2004): Sudan	0,2
Darlehen der Exim Bank in Schwarzafrika (Mitte 2006)	12,5

*Quellen: Ibd; AFD (2007) „La Chine Moteur de Développement“; Center for Global Development „China Exim Bank and Africa: new lending and challenges“ (2006)

Für die Bewertung des Umfangs der verschiedenen Formen chinesischer Hilfsprogramme und ihrer Wirksamkeit und Auswirkungen stehen keine schlüssigen und zuverlässigen Daten zur Verfügung. Allerdings ist die chinesische Entwicklungspolitik in die Kritik geraten, weil China afrikanische Regierungen unterstützt, die Menschenrechte und politische Prinzipien missachten – Simbabwe und Sudan – oder auf Auflagen – insbesondere in Bezug auf die verantwortungsvolle Regierungsführung – verzichten. So hat sich die ExIm Bank beispielsweise nicht zur Einhaltung der sog. Äquator-Prinzipien verpflichtet, und die chinesische Regierung hat sich nicht der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (Extractive Industry Transparency Initiative – EITI) angeschlossen. Durch ihr Engagement im Rohstoffsektor können die chinesischen Hilfsprogramme verschiedene Probleme aufwerfen, die mit den Rohstoffträgen einhergehen. Ferner wurde den Chinesen die Vermischung von kommerziellen Interessen und Entwicklungszielen vorgeworfen, indem sie beispielsweise ihre Hilfe an Aufträge für chinesische Unternehmen knüpften. Für die Befürworter des chinesischen Engagements werden diese Faktoren andererseits durch größere Effizienz, kommerzielle Vorteile und die Risikobereitschaft der Chinesen aufgewogen. Afrika dient den Chinesen als Sprungbrett zu den OECD-Märkten, die ihnen Chancen für eine Ausweitung ihrer industriellen Produktion bieten können. Außerdem hat die chinesische Regierung afrikanischen Ländern umfangreichen Schuldenerlass gewährt (seit dem Jahr 2000 wurden Darlehen im Wert von rund 2 Mrd USD erlassen), wobei die Wirkung dieses Schuldenerlasses als Anreiz für eine bessere Politikgestaltung in den Empfängerländern allerdings ungewiss ist. Schließlich engagieren sich die Chinesen in Form von Schulungs- und Beratungsprogrammen, insbesondere im Gesundheits- und medizinischen Bereich und in der Landwirtschaft, einem Bereich, der von den westlichen Gebern eher übersehen worden ist.

Die Auswirkungen der chinesischen Interessen in Afrika sind schwer vorherzusagen, da sich China selbst in einer Phase des wirtschaftlichen und politischen Übergangs befindet. Daher kann man davon ausgehen, dass sich an Chinas Konzept für Afrika – Handel, Entwicklung und Finanzierung – ebenfalls Änderungen ergeben. Ob Afrika aus der opportunistischen Investitionsbereitschaft Chinas letztendlich Vorteile gewinnen wird, hängt davon ab, wie die chinesischen Maßnahmen sich auf die in dieser Unterlage beschriebenen Wachstumshindernisse auswirken, und vor allem, wie sie sich auf die politischen Rahmenbedingungen in den afrikanischen Ländern auswirken.

4 Zweifel an der Hilfe und Kritik an der Reformagenda

Der Rückgang des BIP pro Einwohner und die Zunahme der Armut in Schwarzafrika in einer Zeit, in der der Zustrom von Hilfsgeldern weiter answoll, löste auf breiter Ebene Diskussionen über die Auswirkungen der Hilfe und die Wirksamkeit der damit verknüpften Reformagenda aus. Zahlreiche empirische Studien haben sich mit der Frage der Auswirkungen der Hilfe auf das Wirtschaftswachstum befasst¹¹. Dieser Zusammenhang ist kontrovers und schwer zu quantifizieren, weil der Begriff Hilfe viele verschiedene Arten von Maßnahmen umfasst, die in unterschiedlichen und komplexen Situationen zum Einsatz kommen. Hilfe ist zu einem gewissen Grad ein fungibles Gut und setzt potenziell Mittel frei, über die die Regierung nach eigenem Ermessen verfügen kann. Folglich besteht die Tendenz, dass die Hilfe eher mit erhöhtem Konsum als mit Investitionen assoziiert wird¹². Ein Schuldenerlass kommt der Wirkung von Öl potenziell am nächsten, ist dann aber mit Auflagen zur Erreichung bestimmter entwicklungspolitischer Ziele und mit Einschränkungen bei der Aufnahme neuer Schulden zu Nicht-Vorzugsbedingungen versehen. Darüber hinaus könnte man erwarten, dass die Auswirkungen der Hilfe auf das Wachstum vielleicht stärker vom

¹¹ Dalgaard et al, „On the Empirics of Foreign Aid and Growth“, Economic Journal Juni 2004.

¹² Boone 1996, „Politics and the Effectiveness of Foreign Aid“, European Economic Review, 40(2), 298-329.

politischen Umfeld des Empfängerlandes abhängen. Allerdings hat sich die Behauptung, dass „Hilfe unter günstigen politischen Bedingungen Wachstum fördert“¹³, mit statistischen Tests nicht nachweisen lassen¹⁴. Bestimmte Formen der Hilfe wie Bildung und Gesundheitsversorgung entfalten ihre Wirkung über einen wesentlich längeren Zeitraum als die makroökonomische Stabilisierung oder die Finanzierung von Projekten. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Hilfe mit kurzfristiger Wirkung mit erkennbaren Wachstumsvorteilen verbunden ist¹⁵. Doch auch die Politik der Hilfe hat sich geändert, und die Geberländer haben den Ländern mehr Hilfe bereitgestellt, die bereits eine Politik betrieben, die ihrer Auffassung nach von vornherein stärker auf Wachstum ausgerichtet war. Diese umgekehrte Kausalität ließ Zweifel aufkommen, ob die Verbesserung der Wachstumsraten durch die Hilfe an sich oder eher durch die beim Empfänger vorherrschenden Bedingungen ausgelöst wurden¹⁶.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich aus der empirischen Literatur kein schlüssiger Beweis dafür ableiten lässt, dass Hilfe als Gesamtgröße ein stärkeres Wirtschaftswachstum bewirkt. Easterly behauptet, dass Afrika ohne Hilfe auch nicht schlechter dastehen würde¹⁷. Allerdings liefert die Literatur einige Anhaltspunkte für Situationen, in denen die Hilfe zu einer Neuausrichtung der Entwicklungspolitik beigetragen hat. Zum Beispiel ist das Konzept der Konditionalität weiterentwickelt worden, und es sind neue Zusammenhänge zwischen Hilfe und politischen Strategien oder zwischen Hilfe und entwicklungspolitischen Ergebnissen hergestellt worden. Darüber hinaus hat man mit der Möglichkeit des Einsatzes von Hilfe zur Einwirkung auf bestimmte Hindernisse für das Wirtschaftswachstum ein Instrumentarium an der Hand, das mit deutlichen Vorteilen gegenüber reinen Finanztransfers wie Einkommen aus natürlichen Ressourcen verbunden ist. Collier argumentiert, dass „Hilfe nicht mit Öl zu vergleichen ist“, womit gemeint ist, dass es einen bedeutenden Unterschied zwischen Hilfe und Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft gibt¹⁸. Während Einnahmen aus natürlichen Ressourcen Erträge eines Landes darstellen, über die die Regierung in vollem Umfang verfügen kann, sind Hilfeströme für bestimmte Zwecke bestimmt – technische Hilfe, Projekte, mit Auflagen versehene Budgethilfe und Schuldenerlass. Erträge aus Rohstoffen führten kurzfristig zu höheren Wachstumsraten, konnten aber kaum jemals eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Die Zweckbindung der Hilfe macht es allerdings möglich, sie schwerpunktmäßig auf wachstumsbezogene Ziele auszurichten.

Auch die Empfehlungen für sachpolitische Reformen, die für die Verwaltung der Hilfe unter der Führung der Institutionen von Bretton Woods als integrierender Bestandteil dieser Hilfe betrachtet wurden, wurden einer kritischen Prüfung unterzogen. Das unter dem Namen Washingtoner Konsens bekannt gewordene Reformpaket verfolgte als überragendes Ziel eine bessere Effizienz bei der Zuweisung von Ressourcen¹⁹. Dies erforderte die makroökonomische Stabilisierung, die Liberalisierung des Handels und des Finanzsektors, Privatisierung, Deregulierung und Aufbau von Institutionen. Die geschmälerierte Rolle des Staates durch seinen Rückzug aus öffentlichen Unternehmen und durch Deregulierung galt als wesentliche Voraussetzung für die Einschränkung der Möglichkeiten der Jagd nach hohen Renditen und zur Gewährleistung eines transparenteren und effizienteren Marktgeschehens. Für die Institutionen des öffentlichen Sektors lautete die Devise, dass die Entscheidungsprozesse durch Dezentralisierung und verbesserte Rechenschaftslegung demokratischer werden müssen.

Dieses Reformprogramm war nicht auf eine bestimmte Gruppe von Ländern beschränkt, sondern galt für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit als relevant. So wurden zum Beispiel die gleichen Grundprinzipien auf die Übergangsvolkswirtschaften Osteuropas wie auf die Länder Schwarzafrikas angewandt. In beiden Fällen fiel die Bilanz des Programms enttäuschend aus²⁰. Dieses offensichtliche Scheitern führte zu Kritik auf breiter Front an dem dem Reformprozess zugrunde liegenden Konzept der „Laundry List“. Die Reformagenda war zu breit angelegt und musste auf die länderspezifischen Bedingungen angemessen zugeschnitten werden. Innerhalb der Reformagenda gab es keine klaren Kriterien für Schwerpunktsetzungen, und es bestand eine Tendenz zur Konzentration auf das politisch Machbare. Das Ergebnis war weder ein ausgewogenes Reformprogramm und auch nicht unbedingt der Versuch, stärker bei den Hauptwachstumshindernissen anzusetzen.

¹³ Burnside and Dollar, „Aid Policies and Growth“, American Economic Review, September 2000.

¹⁴ Easterly, Levine and Roodman, 2003 „New Data, New Doubts: Revisiting „Aid, Policies, and Growth““ - Working Paper 26, Centre for Global Development.

¹⁵ Clements, Radelet, and Bhavnani (2004). „Counting Chickens when they Hatch: The Short-Term Effect of Aid on Growth,“ Center for Global Development Working Paper No. 44.

¹⁶ Rajan and Subramanian, „Aid and Growth: What Does the Cross-Country Evidence Really Show?“, IMF Working Paper 05/127, 1. Juni 2005.

¹⁷ Easterly, „The White Man's Burden“, Oxford University Press 2006

¹⁸ Collier 2006, „Is Aid Oil? An Analysis of Whether Africa can Absorb more Aid“, World Development vol 34, no 9.

¹⁹ Rodrik, „Goodbye Washington Consensus, Hello Washington Confusion? A Review of the World Bank's Economic Growth in the 1990s: Learning from a Decade of Reform“ Journal of Economic Literature Dez. 2006.

²⁰ The World Bank, „Economic Growth in the 1990s, Learning from a Decade of Reform“, Ch. 2.

5 Neue politische Konzepte

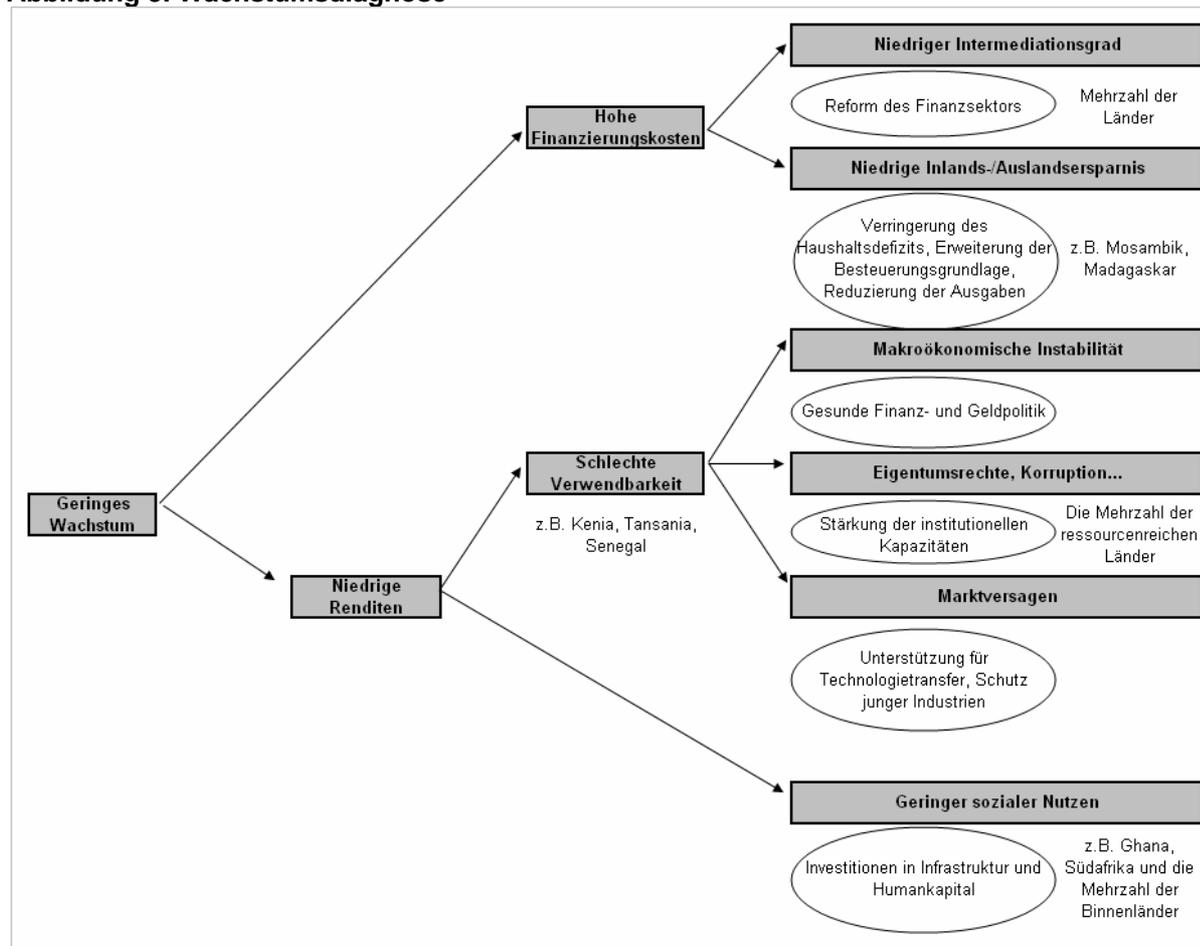
Die nachstehend erörterten politischen Konzepte sind als Antwort auf die Zweifel an der Hilfe und auf die Kritik an der Reformagenda zu verstehen. Es handelt sich dabei um Ansichten und Vorstellungen, die im Grenzbereich der wissenschaftlichen Diskussion angesiedelt sind und, obwohl sie in Entwicklungshilfekreisen weithin diskutiert und für tauglich empfunden werden, noch nicht generell als Grundlage für politische Konzepte akzeptiert sind. Mit den neuen Konzepten soll die schwerpunktmäßige Ausrichtung der Politik der Hilfe an der Wachstumsdiagnose bestimmter Länder oder Ländergruppen verbessert werden. Die Diagnosemethodik stammt von Rodrik und anderen und ist in hierarchisch angelegte Fragen strukturiert, wie sie im Modell in Abbildung 8 zum Ausdruck kommen²¹. Auf der ersten Stufe des Entscheidungsbaums soll geklärt werden, ob das Hauptwachstumshindernis in der niedrigen Sparneigung oder der geringen Rentabilität von Investitionen zu sehen ist. Liegt das Problem an der schwachen Rentabilität, wird auf der nächsten Stufe gefragt, ob dies auf einen Mangel an sozial rentablen Investitionsmöglichkeiten oder auf geringe rechtliche Verfügungsmöglichkeiten über derartige Erträge zurückzuführen ist²². Auf jeder nachfolgenden Stufe des Entscheidungsbaums wird weiter ins Detail gegangen, um die den Hindernissen zugrunde liegenden Ursachen zu ergründen. Dementsprechend werden dann die sachpolitischen Maßnahmen formuliert: Maßnahmen zur Förderung der Sparquote in den Fällen, in denen die Wirtschaft durch Mangel an Finanzmitteln behindert wird, Strategien zur Förderung der Produktivität in den Fällen, in denen es an sozial rentablen Investitionsmöglichkeiten mangelt, und Behebung institutioneller Schwächen in den Fällen, in denen es zwar brauchbare Projekte gibt, sich die Investoren jedoch durch Korruption, Instabilität usw. abschrecken lassen. Die nachfolgende Analyse wendet den Rahmen der Wachstumsdiagnostik auf Colliers Einteilung der schwarzafrikanischen Länder in die drei Gruppen an: die Binnenländer, die ressourcenreichen Staaten und die Küstenvolkswirtschaften.

Für die *Volkswirtschaften der Binnenländer* ist das grundlegende Problem ein Mangel an Investitionsmöglichkeiten, wobei die soziale Rentabilität von Investitionen in der Regel niedrig ausfällt. Die zugrunde liegenden Ursachen sind von Land zu Land unterschiedlich. Meistens liegt es an einem oder einer Kombination der folgenden Faktoren: schlechte physische Infrastruktur, schwaches Humankapital und schlechter Zugang zu geeigneten Technologien. Dies legt die schwerpunktmäßige Ausrichtung der Hilfe auf eine Kombination von Faktoren nahe: Straßen oder andere Verkehrsinfrastruktur, Liberalisierung des Luftverkehrs, Telekommunikationssektor, Bildung, Gesundheitsversorgung und Technologietransfer. Dabei sollte besonders auf die Funktionsfähigkeit derartiger Investitionen geachtet werden, wobei die Wartung der vorhandenen Infrastruktur, die Unterstützung der dafür zuständigen Institutionen, Anreize für die Privatwirtschaft und die Vermeidung der Fehler der Vergangenheit im Mittelpunkt stehen sollten. Die Ausrichtung der Wirtschaft auf die benachbarten Küstenländer, um von deren Wachstum profitieren zu können, ist eine Strategie, die in anderen Regionen durchaus funktioniert hat. Allerdings ist dies im afrikanischen Kontext wegen des Mangels an dynamischen Nachbarn eher ein Problem. Das letztendliche Ziel einer besseren Infrastruktur und besserer Verbindungen in den Binnenstaaten besteht darin, sich dieselben Merkmale anzueignen, die die Küstenländer zu attraktiveren Standorten für Investitionen machen.

²¹ Hausmann, Rodrik, and Velasco, 2004, „Growth Diagnostics“, JFK School of Government, Harvard University.

²² Mit Verfügungsmöglichkeit ist die Möglichkeit des Investors gemeint, die Erträge seiner Investition als sein gesetzliches Eigentum zu verwenden.

Abbildung 8: Wachstumsdiagnose



In den ressourcenreichen Volkswirtschaften geht es vorrangig um die Umkehr der mit den Erträgen aus der Rohstoffwirtschaft verbundenen negativen Auswirkungen. Diese Länder haben in der Regel leichten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und verfügen über zahlreiche für die gesellschaftliche Entwicklung vorteilhafte Investitionsmöglichkeiten. Allerdings schlägt sich die gute entwicklungsrelevante Rentabilität nicht unbedingt in tragfähigen Projekten nieder, da der Markt versagt und die Regierungen es nicht schaffen, für die Einhaltung der Eigentumsrechte und die Schaffung eines stabilen makroökonomischen Umfelds zu sorgen. Viele dieser Probleme sind auf schwache Institutionen und einen beschränkten Informationsfluss zurückzuführen, was wiederum bewirkt, dass es gegenüber der Regierung in einem ethnisch vielschichtigen Umfeld nur unzureichende Kontrollmöglichkeiten und Gegengewichte gibt. In diesem Zusammenhang zeigt sich erfahrungsgemäß, dass demokratische Systeme mit dezentralisierten Entscheidungsprozessen in der Regel am erfolgreichsten sind. Demokratie ist hier nicht unbedingt wegen des Wettbewerbs in Form von Wahlen wichtig, sondern wegen der Entstehung von Kontrollmöglichkeiten und Gegengewichten. Hier wären die Geber in erster Linie aufgefordert, Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen und institutionelle Reformen zu unterstützen.

Die Küstenländer haben die besten Wachstumsmöglichkeiten und stellen wohl eindeutig die Politik der Hilfe vor die größten Herausforderungen. Sie haben es nicht geschafft, vom Wachstum des Welthandels zu profitieren, da sich exportierende Unternehmen für Asien und nicht für Afrika als bevorzugten Standort entschieden. Das Lohngefälle Afrikas konnte die mit dem Geschäftsumfeld assoziierten Nachteile nicht wettmachen, und alle Finanzierungen waren stets mit hohen Risikoprämien verbunden. Wenn hier keine politischen Gegenmaßnahmen getroffen werden, könnte Afrika letztendlich in dem Maße in die Märkte eindringen, in dem die Löhne in Asien steigen. Doch ist auch dies nicht sicher und könnte lange Zeit in Anspruch nehmen. Die afrikanischen Volkswirtschaften weisen starke Unterschiede auf, wobei im Einzelfall recht unterschiedliche Wachstumsstrategien erforderlich sein könnten. In Teil II dieses Berichts wird eine Auswahl von sieben der größten Küstenvolkswirtschaften untersucht²³.

²³ Südafrika, Kenia, Tansania, Ghana, Mosambik, Senegal und Madagaskar (Mauritius verzeichnet ein hohes Wachstum und ist in der Stichprobe nicht erfasst).

Madagaskar und Mosambik dürften in erster Linie unter zu geringen Ersparnissen leiden. Hinzu kommt noch eine Kombination aus einer hohen Auslandsverschuldung, hohen Leistungsbilanzdefiziten und im Vergleich zu anderen Ländern dieser Auswahl hohen Zinssätzen. Geringes Sparkapital erfordert eine Strategie zur Behebung der Haushaltsdefizite. Dies würde unmittelbar zu einer Erhöhung der inländischen Sparquote führen und gleichzeitig das Vertrauen erhöhen und damit möglicherweise zur Entspannung bei den Engpässen im Bereich der ausländischen Ersparnisse beitragen. Im Idealfall würden Ausgabenkürzungen die Verschwendung eindämmen. Allerdings wären auch Maßnahmen vorstellbar, die auf den ersten Blick als wachstumsdämpfend erscheinen, wie Steuererhöhungen, da solche Maßnahmen – falls die Diagnose stimmt – nicht das Haupthindernis darstellen.

Von den Küstenvolkswirtschaften mit einer niedrigen Rentabilität bei Investitionen haben Ghana und Südafrika relativ gute Korruptionsindizes und Indizes zum geschäftlichen Umfeld vorzuweisen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass ihr Haupthindernis eher in der schwachen entwicklungsrelevanten Rentabilität von Investitionen besteht und nicht in den schwach ausgeprägten Verfügungsmöglichkeiten über Investitionen. Dies würde bedeuten, dass eine Wachstumsstrategie auf Produktivitätsverbesserungen ausgerichtet sein müsste, was durch ein Einwirken auf die Hauptschwächen im Bereich physische Infrastruktur oder Humankapital bewirkt werden könnte.

Für Kenia, Tansania und Senegal weisen die makroökonomischen Indikatoren eine relativ hohe und volatile Inflation und hohe Haushaltsdefizite aus. Diese makroökonomischen Risiken führen zu einer höheren Volatilität bei den Wechselkursen und erhöhen das Risiko, dass die Konvertibilität dieser Währungen aufgehoben werden könnte, wodurch die ausländischen Investoren von vornherein von einer geringeren Rentabilität ihrer Investitionen ausgehen. Damit lautet der Diagnosebefund: eingeschränkte Verfügungsmöglichkeiten über das eingesetzte Kapital. Angesagt ist damit eine der zahlreichen Strategien zur Einwirkung auf makroökonomische Risiken und Marktversagen sowie auf Korruption und die schwach ausgeprägten Möglichkeiten zur Durchsetzung von Eigentumsrechten.

Es würde sicher nicht schaden, die länderspezifische Strategie auf diese Weise auf eine gründliche Untersuchung der Haupthindernisse auszurichten, wodurch die Chancen für ein stärkeres Wachstum steigen dürften. Doch werden mit diesem Ansatz im Grunde nur schrittweise aufeinander aufbauende Fortschritte zu erzielen sein, und selbst wenn sich diese Strategie als erfolgreich herausstellt, könnte sich das damit erzielte stärkere Wachstum als nicht ausreichend erweisen, um deutliche Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu erzielen. Hinzu kommt, dass ein Land, das sich einer Vielzahl von sich gegenseitig verstärkenden Hindernissen gegenüber sieht, eher ein breit angelegtes Maßnahmenpaket benötigt. Die beiden nachstehend erörterten Optionen sind immer noch stark spekulativ geprägt und sollen auf dieser Grundlage als Diskussionsbeitrag verstanden werden.

Die eine Option besteht in einem kräftigen Anschub („Big Push“) in Form einer Aufstockung der Hilfe in Verbindung mit einem Paket aus sachpolitischen Maßnahmen, wodurch ein Land in die Lage versetzt würde, von Skaleneffekten (Economies of Scale) zu profitieren. Eine Strategie, bei der es nur um die Aufstockung der derzeitigen Anstrengungen geht, dürfte aufgrund der rückläufigen Erträge nicht zum Erfolg führen. Die Kapazitäten zur Absorption der Hilfe sind begrenzt, und eine starke Steigerung der Anzahl der Projekte bei Aufrechterhaltung der Qualität ist kaum vorstellbar. Stattdessen würde der „Big Push“ darin bestehen, dass die wirtschaftliche Hilfe auf eine Handvoll Länder konzentriert würde, die am ehesten den Durchbruch zu mehr Wachstum erreichen könnten (diese geographische Schwerpunktsetzung würde auf keinen Fall die humanitäre Hilfe oder die Nahrungsmittelhilfe betreffen, die weiterhin nach dem jeweiligen Bedarf zugewiesen würde). Das Konzept wäre auf die zahlreichen Wachstumshindernisse in diesen Ländern ausgerichtet und würde von den Rentabilitätsvorteilen des größeren Maßstabs und Umfangs profitieren. Investitionen in einem Sektor würde positive Externalitäten für andere schaffen (zum Beispiel könnte man durch eine bessere Straßeninfrastruktur auch die Vorteile der Handelsreform besser nutzen), und dementsprechend würden sich auch die Absorptionsfähigkeiten für ein verstärktes Angebot an Hilfe verbessern. Im Erfolgsfall könnte das Wachstum in diesen Ländern auf die Nachbarländer überspringen und die Wirtschaftstätigkeit in der gesamten Region beleben. Doch sind mit diesem Konzept auch einige deutliche Nachteile verbunden: Es würde eine Koordinierung zwischen Gebern mit unterschiedlichen Vorstellungen von Hilfe erfordern. Durch die Konzentration der Hilfe auf eine kleine Anzahl von Ländern erhöht sich auch das Risiko. Darüber hinaus müssten politisch schwierige Entscheidungen in der Frage der am besten geeigneten Kandidaten und in der Frage getroffen werden, welche Länder warten müssten, bis die Wachstumseffekte auf sie übergreifen.

Als Alternative käme die von Collier vorgeschlagene Option in Frage, nämlich ein vorübergehender Schutz der afrikanischen Ausfuhren in die Märkte der OECD-Länder vor der Konkurrenz der asiatischen Länder. Einige der Hindernisse, die in den 80er Jahren die Standortverlagerung der Exportindustrie nach Afrika verhindert haben, sind inzwischen überwunden – die Apartheid in Südafrika, die Kriege in den ehemaligen

portugiesischen Kolonien Afrikas, die sozialistischen Experimente in Ghana und Madagaskar, usw. – obwohl die in jüngster Zeit ausgebrochenen Konflikte deutlich machen, dass die Lage noch längst nicht stabil ist. Doch inzwischen hat sich die Industrie in Asien niedergelassen, wodurch es für Afrika schwer werden dürfte, auf stark vom Wettbewerb geprägte Märkte vorzustoßen. Nach dieser Argumentation bedürfte es eines integrierten Ansatzes mit einem Präferenzzugang zu den OECD-Märkten für die afrikanischen Exporte. Zur Umsetzung dieser Option müssten einige gravierende Schwierigkeiten beseitigt werden – was ein politisches Einvernehmen zwischen einer recht großen Anzahl von betroffenen Ländern erfordern würde und mit Auswirkungen auf die WTO-Regeln verbunden sein könnte. Dennoch würde der Präferenzzugang zu den Märkten auch die Reformagenda in Afrika beflügeln und ergänzen und somit bestünden gute Chancen, dass sich einige Bereiche der afrikanischen Exportwirtschaft nach asiatischem Vorbild einem grundsätzlichen Wandel unterziehen.

6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das schlechte Abschneiden der schwarzafrikanischen Länder in einer Zeit zunehmender Hilfeströme führte zu einer breiten Diskussion über Hilfe und Reformen. Empirisch lässt sich nicht eindeutig nachweisen, dass Hilfe zu mehr Wachstum führt, und zum Teil wird behauptet, ohne Hilfe stünde Afrika auch nicht schlechter da. Darüber hinaus wurde die entwicklungspolitische Reformagenda der großen Geberorganisationen als ein Konzept kritisiert, das als „Laundry List“ bezeichnet wurde, d.h. ein Konzept, dem es an angemessenen Kriterien zur Schwerpunktsetzung mangelt und mit dem es nicht gelungen ist, die Hauptwachstumshindernisse zu beseitigen. Als Reaktion darauf wurden neue Hilfskonzepte als Optionen vorgelegt, bei denen versucht wird, die Hilfe auf den länderspezifischen Bedarf der Empfänger zuzuschneiden und direkter bei den Wachstumshindernissen anzusetzen.

Die Schwerpunktsetzung auf die Beseitigung der Hauptwachstumshindernisse stellt eine wesentlich weniger ehrgeizige Strategie dar als die der umfassenden Reformen nach dem Konzept der „Laundry List“. Mit dieser Strategie wird versucht, schrittweise Verbesserungen beim Wachstum zu bewirken, die sich im Laufe der Zeit kumulieren und dann die Wirtschaft in einer Folge von relativ kleinen Schritten in die richtige Richtung bewegen würden. Diese Strategie birgt kein großes Risiko. Außerdem ließen sich die potenziellen Fehlschläge vermeiden, die mit fundamentalen Reformmaßnahmen verbunden wären. Sie würde allerdings Folgendes bedeuten:

In den Binnenstaaten ist das Hauptwachstumshindernis der Mangel an Investitionsmöglichkeiten. Die Hilfe ist damit schwerpunktmäßig auf die Bereitstellung von Infrastrukturen wie Straßen, Stromversorgung und Telekommunikation sowie Verbesserungen bei den Humanressourcen auszurichten, um auf diese Weise die Produktivität zu steigern. Letztendlich geht es für die Binnenstaaten darum, ähnliche Verhältnisse wie in den Küstenstaaten zu schaffen.

Für die ressourcenreichen Länder ist das Hauptproblem die unzureichende Entwicklung der Institutionen. Dies legt eine Strategie nahe, die auf technische Hilfe zur Unterstützung des institutionellen Aufbaus im Hinblick auf eine grundlegende politische Wende ausgerichtet ist, allerdings nur für den Fall, dass sich die Empfänger der Hilfe in dieser Hinsicht auch selbst engagieren. Ziel dieser Volkswirtschaften ist es, größere Vorteile aus den Einnahmen aus der Ressourcenwirtschaft zu erzielen – also aus Öl ebenso viel herauszuholen wie aus Hilfe.

Ein Nachteil dieses schrittweisen Ansatzes besteht darin, dass es lange dauern könnte, bis damit eine deutliche Minderung der Armut erreicht werden kann, und wahrscheinlich reicht seine Wirkung nicht aus, um damit die Kluft zwischen Afrika und dem Rest der Welt schließen zu können.

Besonders für die ressourcenarmen Küstenstaaten ist dies ein akutes Problem. Diese Länder weisen unbestritten das größte Wachstumspotenzial auf und könnten auch als Katalysator für ihre Nachbarländer wirken. Sie sind mit anderen Hindernissen konfrontiert und haben es nicht geschafft, die Fertigungsindustrie anzulocken, die sich stattdessen für Asien entschieden hat. Bei einer umfangreichen Aufstockung der derzeitigen Hilfe dürfte die Wirkung der Hilfe eher zurückgehen, weshalb zwei weitere umstrittene Konzepte als Option in die Diskussion gebracht wurden. Die erste Option besteht im Einsatz von Hilfe zur Unterstützung eines „Big Push“ in den Ländern mit den größten Erfolgsaussichten, den Durchbruch auf die Weltmärkte zu schaffen. Ein solcher „Big Push“ bestünde in einer drastischen Aufstockung der Hilfe und wäre eine ehrgeizige Strategie, die bisher nicht erprobt wurde, die aber auch auf zahlreiche Umsetzungsschwierigkeiten stoßen würde. Die potenziellen Ergebnisse sind jedoch hoch, so dass das Experiment erwägenswert erscheint. Die zweite Option wäre der präferenzielle Zugang zu den Märkten der OECD-Länder. Diese Alternative baut auf den bestehenden Präferenzhandelsvereinbarungen auf und würde Afrika vorübergehend Schutz als Ausgleich für die Agglomerationsvorteile der asiatischen Volkswirtschaften verschaffen.